

NIEDERSCHRIFT
ÜBER DIE 11. SITZUNG DES KREISTAGS DES RHEIN-LAHN-KREISES
IN DER 10. WAHLPERIODE AM 12.12.2016
IN BAD EMS

Es sind anwesend:

A. Vorsitzender:

Herr Landrat Frank Puchtler Oberneisen

B. Kreisbeigeordnete:

Frau Erste Kreisbeigeordnete Gisela Bertram Nievern
Herr Kreisbeigeordneter Karl Werner Jüngst Niederneisen
Herr Kreisbeigeordneter Horst Gerheim Obernhof

C. Mitglieder des Kreistages:

Herr Aslan Basibüyük Dachsenhausen
Frau Monika Becker Winden
Herr Matthias Boller Lahnstein
Herr Klaus Brand Ehr
Herr Jörg Denninghoff Allendorf
Herr Christoph Ferdinand Lahnstein
Herr Manfred Friesenhahn Weisel
Herr Raimund Friesenhahn Dahlheim
Frau Erika Fritsche Winden
Herr Carsten Göller Eschbach
Herr Günter Groß Lahnstein
Herr Werner Groß Lahnstein
Herr Jens Güllering Kestert
Herr Bernd Hartmann Gemmerich
Herr Horst Klöppel Katzenelnbogen
Herr Hans-Josef Kring Lykershausen *(bei TOP 3.a., 17.42 Uhr)*
Herr Matthias Lammert Diez
Frau Gabriele Laschet-Einig Lahnstein
Herr Johannes Lauer Lahnstein
Herr Franz Lehmler Nievern
Herr Ulrich Lenz Katzenelnbogen
Herr Hans-Wilhelm Lippert Scheidt
Herr Dennis Maxeiner Dahlheim
Herr Dietmar Meffert Diez
Frau Ursula Ohl Altendiez

Herr Ernst-Georg Peiter	Miehlen
Herr Udo Rau	Nassau
Herr Oliver Sacher	Gemmerich
Herr Peter Schleenbecker	Katzenelnbogen
Frau Eva Schmidt	Singhofen
Herr Michael Schnatz	Diez
Herr Thomas Scholl	Oelsberg
Frau Evelin Stotz	Schiesheim
Herr Birk Utermark	Bad Ems
Frau Irmtraud Wahlers	Fachbach
Herr Josef Winkler	Bad Ems
Herr Mike Weiland	Kamp-Bornhofen
Frau Rita Wolf	Braubach

D. Es fehlen:

Herr Karl Peter Bruch	Nastätten
Herr Harald Gemmer	Eisighofen
Herr Heinz Keul	Fachbach
Herr Peter Labonte	Lahnstein

E. Von der Verwaltung:

Herr Büroleiter Friedhelm Rücker
Herrn Geschäftsbereichsleiter Hans-Ulrich Schöberl
Herr Abteilungsleiter Dr. Gerwin Dietze
Herr Abteilungsleiter Bernd Menche
Frau Severin Holl
Herr Abteilungsleiter Dieter Petri
Herr kaufmännischer Werkleiter Thomas Fischbach
Herr technischer Werkleiter Günter Müller
Herr Abteilungsleiter Joachim Klein
Herr Thorsten Butzke
Herr stv. Abteilungsleiter Manuel Nink
Frau Riehl-Rosenthal, Finanzcontrolling
Herr Gilberg-Rindsfüßer
Frau Verena Köhler, Vorsitzende des Personalrates

F. Schriftführerin:

Frau Anna Klein

G. Gäste:

Herr Bürgermeister Josef Oster
Herr Haupt, ehemaliger Werkleiter des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft

Herr Jöckel, Rhein-Lahn-Zeitung
Bürgerinnen und Bürger

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Kreistags um 17:02 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Hinsichtlich der mit Schreiben vom 30.11.2016 vorgelegten Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben bzw. keine Änderungswünsche vorgetragen, so dass die Tagesordnung wie folgt einstimmig beschlossen wird:

I. Öffentliche Sitzung:

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Änderung der „Allgemeine(n) Vorschrift über einen einheitlichen Verbundtarif im Verkehrsbund Rhein-Mosel“
3. Haushalt des Rhein-Lahn-Kreises;
 - a) Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltplan des Rhein-Lahn-Kreises für das Haushaltsjahr 2017 (inkl. Anlagen)
 - b) Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2017 für das Forsteinrichtungswerk Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft (Forstwirtschaftsplan 2017)
 - c) Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2017 des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft
4. Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft;
Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Altenkirchen
5. Neufassung der Geschäftsordnung des Kreistages
6. Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Hauptsatzung
7. Satzung Kindertagespflege
8. Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und -mitglieder
9. Einwohnerfragestunde
10. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

II. Nichtöffentliche Sitzung:

1. Kreisimmobilien
2. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

I. Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet der **Vorsitzende**, den im Laufe des Jahres verstorbenen ehemaligen Mitgliedern des Kreistags und ehemaligen Ausschussmitgliedern zu gedenken.

- ❖ Herr Bernhard Meyer (SPD) verstarb im März 2016. Herr Meyer war von 1994 – 1999 Mitglied im Wirtschaftsförderungsausschuss, stv. Mitglied der Hauptversammlung LKT, stv. Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses, stv. Mitglied des Sportstättenbeirats, von 1990 – 1999 stv. Mitglied des Schulträgerausschusses, von 1994 – 2004 Mitglied des Kreistages, von 1999 – 2004 Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und ÖPNV, von 2003 – 2004 stv. Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses und von 1999 – 2009 stv. Mitglied des Werkausschusses. Für seine Verdienste wurde er 2004 mit der Ehrennadel des Landes Rheinland-Pfalz und der Ehrenplakette des Rhein-Lahn-Kreises ausgezeichnet.
- ❖ Herr Ulrich Wahlers (Bündnis 90/ Die Grünen) verstarb im Juli 2016. Herr Wahlers war von 2012 – 2016 Mitglied des Bau- und Umweltausschusses, von 2009-2012 stv. Mitglied im Bau- und Umweltausschuss und bis 1999 Mitglied des Bauausschusses.
- ❖ Herr Jürgen Linkenbach (SPD) verstarb im Mai 2016. Herr Linkenbach war von 2009 – 2016 Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, von 2004 – 2016 Mitglied des Finanzausschusses, des Kreistages und der Verbandsversammlung Naturpark Nassau, von 2009 – 2016 Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses, von 2014 – 2016 stv. Mitglied in der Gesellschafterversammlung WFG, von 2009 – 2016 stv. Mitglied im Kreisausschuss, von 2008 – 2009 stv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und ÖPNV. Für seine Verdienste wurde er 2015 mit der Verdienstmedaille des Landes ausgezeichnet.

Den Verstorbenen gebühre in dankbarer Erinnerung Anerkennung und Respekt.

Punkt 1:

Genehmigung der Niederschrift

Gegen die vorgelegte Niederschrift der 10. Sitzung des Kreistags in der 10. Wahlperiode vom 26.09.2016 werden *keine* Einwendungen erhoben bzw. keine weiteren Änderungswünsche vorgetragen, so dass die Niederschrift einstimmig genehmigt wird.

Punkt 2:

Änderung der „Allgemeine(n) Vorschrift über einen einheitlichen Verbundtarif im Verkehrsbund Rhein-Mosel“

Der **Vorsitzende** erläutert die Sitzungsvorlage. Die Thematik sei bereits im Kreisausschuss beraten und beschlossen worden.

Der Kreistag stimmt der zur Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Allgemeinen Vorschrift über einen einheitlichen Verbundtarif im Verkehrsbund Rhein-Mosel einstimmig zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Punkt 3:

a) Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan des Rhein-Lahn-Kreises für das Haushaltsjahr 2017 (inkl. Anlagen)

Es folgt die Rede des **Vorsitzenden** zum Kreishaushalt 2017 sowie zum Forstwirtschaftsplan 2017 für das Forsteinrichtungswerk Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft und zum Wirtschaftsplan 2017 des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft (Anlage 1). Er weist auf die vorliegenden Anträge der SPD-Kreistagsfraktion sowie der CDU und der FWG-Kreistagsfraktionen hinsichtlich der Festsetzung der Kreisumlage hin.

Im Anschluss folgen zum Kreishaushalt 2017 bzw. zum Forstwirtschaftsplan 2017 des Forsteinrichtungswerks und zum Wirtschaftsplan 2017 des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft die Redebeiträge von

- Herrn **Göller** für die SPD-Kreistagsfraktion (Anlage 2),
- Herrn **Lammert** für die CDU-Kreistagsfraktion (Anlage 3),
- Herrn **Ferdinand** für die CDU-Kreistagsfraktion (Anlage 4),
- Herrn **Hartmann** für die FWG-Kreistagsfraktion (Anlage 5),
- Herrn **Birk Utermark** für die FWG-Kreistagsfraktion (Anlage 6),
- Herrn **Josef Winkler** für die Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen (Anlage 7),
- Frau **Erika Fritsche** für die Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen (Anlage 8),
- Herrn **Oliver Sacher** für die ALFA-Kreistagsfraktion (Anlage 9),
- Frau **Monika Becker**, FDP, (Anlage 10) und
- Herrn **Ulrich Lenz**, Die Linke, (Anlage 11).

Der **Vorsitzende** trägt sodann vor, dass über die **vorliegenden Anträge** bezüglich der Höhe der Kreisumlage in folgender Reihenfolge abgestimmt werden soll:

- a) Antrag der CDU- und der FWG-Kreistagsfraktionen, die Kreisumlage im Haushaltsjahr 2017 um 0,8 % zu senken und auf 44,0 % festzusetzen
- b) Antrag der ALFA-Kreistagsfraktion, die Kreisumlage im Haushaltsjahr 2017 um 0,3 % zu senken und auf 44,50 % festzusetzen sowie die Umlagesenkung durch eine geringere Rückführung von Liquiditätskrediten gegen zu finanzieren
- c) Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, die Kreisumlage im Haushaltsjahr 2017 auf 44,50 % festzusetzen und die Umlagesenkung um 0,3 Prozentpunkte durch Einsparungen in Höhe von 100 T€ im THH „Soziales“, 100 T€ beim Produkt 5420 - Kreisstraßen - sowie durch einen um 148 T€ geringeren Jahresüberschuss gegen zu finanzieren.

a) Der Kreistag lehnt den Antrag der CDU- und der FWG-Kreistagsfraktionen, die Kreisumlage im Haushaltsjahr 2017 um 0,8 % zu senken und auf 44,0 % festzusetzen, mit 24 Gegenstimmen und 15 Ja-Stimmen ab.

Herr **Lammert** bittet um eine Sitzungsunterbrechung.

Der **Vorsitzende** unterbricht die Sitzung, diese wird um 19.50 Uhr weitergeführt.

Herr **Lammert** führt aus, dass eine Umlagesenkung gefordert und unterstützt werde, weshalb die CDU-Kreistagsfraktion sich nicht gegen die Senkung der Kreisumlage um zumindest 0,3 % ausspreche. Allerdings spreche man sich gegen eine Einsparung im Bereich des Straßenbaus aus, diesem Vorschlag könne sich die CDU-Fraktion nicht anschließen.

Herr **Göller** betont, dass sich der Gegenfinanzierungsvorschlag auf drei Punkte stütze. Ein negativer Ergebnishaushalt solle vermieden werden.

Herr **Sacher** weist auf den Antrag der ALFA-Kreistagsfraktion hin.

Herr **Hartmann** führt an, dass die FWG-Fraktion den Antrag von 0,3 % mittrage. Er befürworte den Antrag der ALFA-Fraktion und eine Finanzierung über eine geringere Rückführung der Liquiditätskredite.

Herr **Winkler** spricht sich für den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion aus.

Der **Vorsitzende** stellt sodann den Antrag der ALFA-Kreistagsfraktion zur Abstimmung.

b) Der Kreistag lehnt den Antrag der ALFA-Kreistagsfraktion, die Kreisumlage im Haushaltsjahr 2017 um 0,3 % zu senken und auf 44,50 % festzusetzen sowie die Umlagesenkung durch eine geringere Rückführung von Liquiditätskrediten gegen zu finanzieren, mit 22 Gegenstimmen und 17 Ja-Stimmen ab.

Nachdem der Antrag abgelehnt wurde, wird der Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung gestellt:

c) Der Kreistag beschließt mit 22 Ja-Stimmen, 15 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen auf Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, die Kreisumlage im Haushaltsjahr 2017 auf 44,50 % festzusetzen und die Umlagesenkung um 0,3 Prozentpunkte durch Einsparungen in Höhe von 100 T€ im THH „Soziales“, 100 T€ beim Produkt 5420 - Kreisstraßen - sowie durch einen um 148 T€ geringeren Jahresüberschuss gegen zu finanzieren.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion die erforderliche Mehrheit habe. Sodann lässt er abschließend über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Jahr 2017 inkl. Anlagen unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderungen abstimmen.

- Der Kreistag beschließt mit 21 Ja-Stimmen, 12 Gegenstimmen und 6 Stimmenthaltungen, unter Berücksichtigung der Festsetzung der Kreisumlage auf 44,50 % und der zuvor

beschlossenen Änderungen, die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 inkl. Anlagen in der vorliegenden Fassung.

b) Wirtschaftsplan 2017 für das Forsteinrichtungswerk „Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft“

Der Kreistag stimmt dem Forstwirtschaftsplan des Forsteinrichtungswerkes „Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft“ für das Betriebsjahr 2017 einstimmig zu.

c) Wirtschaftsplan 2017 des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft

Der Kreistag stimmt dem Wirtschaftsplan 2017 des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft für das Wirtschaftsjahr 2017 einstimmig zu.

Punkt 4:

Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft;

Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Altenkirchen

Der **Vorsitzende** weist auf die Inhalte der Sitzungsvorlage hin.

Der Kreistag stimmt dem Abschluss der 1. Änderung der Zweckvereinbarung über die Behandlung und Entsorgung von Restabfällen mit dem Landkreis Altenkirchen auf der Basis der zur Sitzungsvorlage beigefügten textlichen Fassung vom 14.11.2016 einstimmig zu.

Punkt 5:

Neufassung der Geschäftsordnung des Kreistages

Der **Vorsitzende** erläutert kurz die Notwendigkeit der geplanten Anpassungen.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Geschäftsordnung des Kreistages des Rhein-Lahn-Kreises in der zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurfsfassung vom 18.10.2016.

Punkt 6:

Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Hauptsatzung

Der **Vorsitzende** erläutert, dass hier Änderungen aufgrund der Bestellung eines hauptamtlichen Kreisfeuerwehrinspektors sowie der Bestellung eines Beauftragten für Menschen mit Behinderungen im Rhein-Lahn-Kreis notwendig seien.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Rhein-Lahn-Kreises in der vorgelegten Entwurfsfassung.

Punkt 7:

Satzung Kindertagespflege

Der **Vorsitzende** weist auf die in der Vorlage angeführten Änderungen hin.

Der Kreistag stimmt der Satzung des Rhein-Lahn-Kreises über Leistungen und Kostenbeiträge für die Betreuung in Kindertagespflege einstimmig zu.

Punkt 8

Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und -mitglieder

Es liegen *keine* weiteren Anfragen oder Anträge vor.

Punkt 9

Einwohnerfragestunde

Es liegen *keine* Einwohnerfragen vor.

Punkt 10:

Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

Es liegen *keine* Mitteilungen vor.

II. Nichtöffentliche Sitzung:

Punkt 1:

Kreisimmobilien

(...)

Punkt 2:

Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

(...)

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf mehr ergibt, schließt der **Vorsitzende** die 11. Sitzung des Kreistags in der 10. Wahlperiode um 20.07 Uhr.

Der Vorsitzende:

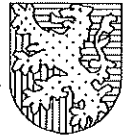
gez.

(Frank Puchtler)
Landrat

Die Schriftführerin:

gez.

(Anna Klein)



1. **Beschlussmitteilung**
zur 11. Sitzung des Kreistags in der 10. Wahlperiode am 12.12.2016

I. Öffentliche Sitzung:

Punkt 2:

Änderung der „Allgemeine(n) Vorschrift über einen einheitlichen Verbundtarif im Verkehrsbund Rhein-Mosel“

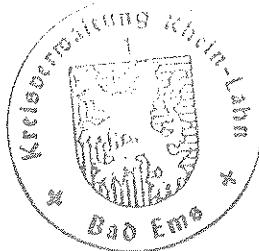
Der Kreistag stimmt der zur Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Allgemeinen Vorschrift über einen einheitlichen Verbundtarif im Verkehrsbund Rhein-Mosel einstimmig zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

2. An: 3 / 36

zur Kenntnisnahme und gegebenenfalls mit der Bitte um Ausführung des Beschlusses / der Beschlüsse.

Bad Ems, 12.12.2016

(Frank Puchtler)
Landrat



Ausgefertigt
Im Auftrag:

(Anna Klein)
Kreisoberinspektorin



1. **Beschlussmitteilung**
zur 11. Sitzung des Kreistags in der 10. Wahlperiode am 12.12.2016

I. Öffentliche Sitzung:

Punkt 3:

a) Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan des Rhein-Lahn-Kreises für das Haushaltsjahr 2017 (inkl. Anlagen)

- Der Kreistag lehnt den Antrag der CDU- und der FWG-Kreistagsfraktionen, die Kreisumlage im Haushaltsjahr 2017 um 0,8 % zu senken und auf 44,0 % festzusetzen, mit 24 Gegenstimmen und 15 Ja-Stimmen ab.
- Der Kreistag lehnt den Antrag der ALFA-Kreistagsfraktion, die Kreisumlage im Haushaltsjahr 2017 um 0,3 % zu senken und auf 44,50 % festzusetzen sowie die Umlagesenkung durch eine geringere Rückführung von Liquiditätskrediten gegen zu finanzieren, mit 22 Gegenstimmen und 17 Ja-Stimmen ab.
- Der Kreistag beschließt mit 22 Ja-Stimmen, 15 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen auf Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, die Kreisumlage im Haushaltsjahr 2017 auf 44,50 % festzusetzen und die Umlagesenkung um 0,3 Prozentpunkte durch Einsparungen in Höhe von 100 T€ im THH „Soziales“, 100 T€ beim Produkt 5420 - Kreisstraßen - sowie durch einen um 148 T€ geringeren Jahresüberschuss gegen zu finanzieren.
- Der Kreistag beschließt mit 21 Ja-Stimmen, 12 Gegenstimmen und 6 Stimmenthaltungen, unter Berücksichtigung der Festsetzung der Kreisumlage auf 44,50 % und der zuvor beschlossenen Änderungen, die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 inkl. Anlagen in der vorliegenden Fassung.

2. An: 9 / 90

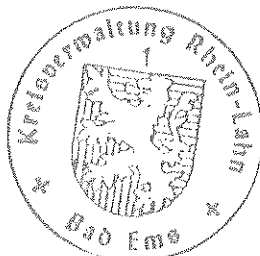
Und: ZGG

Und: BL

zur Kenntnisnahme und gegebenenfalls mit der Bitte um Ausführung des Beschlusses / der Beschlüsse.

Bad Ems, 12.12.2016

(Frank Puchtler)
Landrat



Ausgefertigt
Im Auftrag:

(Anna Klein)
Kreisoberinspektorin



1. **Beschlussmitteilung**
zur 11. Sitzung des Kreistags in der 10. Wahlperiode am 12.12.2016

I. Öffentliche Sitzung:

Punkt 3:

b) **Wirtschaftsplan 2017 für das Forsteinrichtungswerk „Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft“**

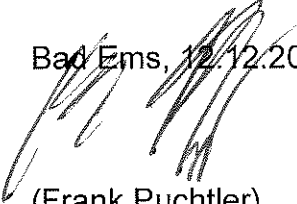
Der Kreistag stimmt dem Forstwirtschaftsplan des Forsteinrichtungswerkes „Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft“ für das Betriebsjahr 2017 einstimmig zu.

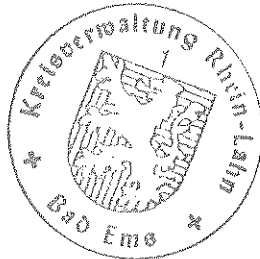
2. An: **EBA**

Und: **9 / 90**


zur Kenntnisnahme und gegebenenfalls mit der Bitte um Ausführung des Beschlusses / der Beschlüsse.

Bad Ems, 12.12.2016


(Frank Puchtler)
Landrat



Ausgefertigt
Im Auftrag:


(Anna Klein)
Kreisoberinspektorin



1. Beschlussmitteilung
zur 11. Sitzung des Kreistags in der 10. Wahlperiode am 12.12.2016

I. Öffentliche Sitzung:

Punkt 3:

c) **Wirtschaftsplan 2017 des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft**

Der Kreistag stimmt dem Wirtschaftsplan 2017 des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft für das Wirtschaftsjahr 2017 einstimmig zu.

2. An: **EBA**

Und: **9 / 90**

zur Kenntnisnahme und gegebenenfalls mit der Bitte um Ausführung des Beschlusses / der Beschlüsse.

Bad Ems, 12.12.2016

(Frank Puchtler)
Landrat



Ausgefertigt

Im Auftrag:

(Anna Klein)

Kreisoberinspektorin



1. **Beschlussmitteilung**
zur 11. Sitzung des Kreistags in der 10. Wahlperiode am 12.12.2016

I. **Öffentliche Sitzung:**

Punkt 4:

Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft;

Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Altenkirchen

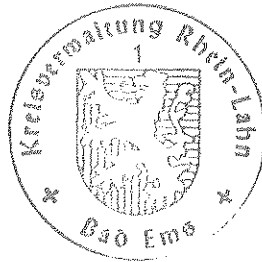
Der Kreistag stimmt dem Abschluss der 1. Änderung der Zweckvereinbarung über die Behandlung und Entsorgung von Restabfällen mit dem Landkreis Altenkirchen auf der Basis der zur Sitzungsvorlage beigefügten textlichen Fassung vom 14.11.2016 einstimmig zu.

2. An: **EBA**

zur Kenntnisnahme und gegebenenfalls mit der Bitte um Ausführung des Beschlusses / der Beschlüsse.

Bad Ems, 12.12.2016

(Frank Puchtler)
Landrat



Ausgefertigt

Im Auftrag:

(Anna Klein)

Kreisoberinspektorin



1. **Beschlussmitteilung**
zur 11. Sitzung des Kreistags in der 10. Wahlperiode am 12.12.2016

I. Öffentliche Sitzung:

Punkt 5:

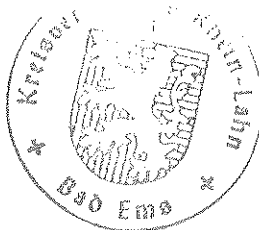
Neufassung der Geschäftsordnung des Kreistages

Der Kreistag beschließt einstimmig die Geschäftsordnung des Kreistages des Rhein-Lahn-Kreises in der zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurfsfassung vom 18.10.2016.

-
2. An: **ZA/01**
mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung
- und: **ZA/02**
mit der Bitte um
- a) Aktualisierung der Kreisrechtsammlung in Papierform und im Intranet/Informationen/Kreisrecht und
 - b) Weiterleitung der (aktualisierten) Geschäftsordnung als Volltext in elektronischer Form an Referat 03, Frau Hartwig, zwecks Aktualisierung der Geschäftsordnung im Internet
- und: **ZA/03**
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Bad Ems, 12.12.2016

(Frank Puchtler)
Landrat



Ausgefertigt
Im Auftrag:

(Anna Klein)
Kreisoberinspektorin



1. **Beschlussmitteilung**
zur 11. Sitzung des Kreistags in der 10. Wahlperiode am 12.12.2016

I. Öffentliche Sitzung:

Punkt 6:

Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Hauptsatzung

Der Kreistag beschließt einstimmig die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Rhein-Lahn-Kreises in der vorgelegten Entwurfsfassung.

2. An: **ZA/01**

Az.: 002-20

mit der Bitte um Kenntnisnahme und ggfls. weitere Veranlassung.

und: **RA**

mit der Bitte um Kenntnisnahme und umgehende Veranlassung der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung gemäß § 1 Hauptsatzung.

und: **ZA/02**

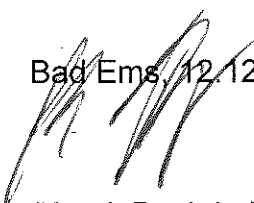
mit der Bitte um

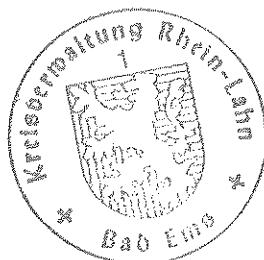
- a) Aktualisierung der Kreisrechtsammlung in Papierform und im Intranet/Informationen/Kreisrecht und
- b) Weiterleitung der (aktualisierten) Satzung als Volltext in elektronischer Form an Referat 03, Frau Hartwig, zwecks Aktualisierung der Satzung im Internet (www.rhein-lahn-kreis.de).

und: **ZA/03**

mit der Bitte um Kenntnisnahme.


Bad Ems, 12.12.2016

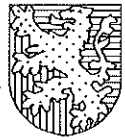

(Frank Puchtler)
Landrat



Ausgefertigt

Im Auftrag:


(Anna Klein)
Kreisoberinspektorin



1. **Beschlusssmitteilung**
zur 11. Sitzung des Kreistags in der 10. Wahlperiode am 12.12.2016

I. **Öffentliche Sitzung:**

Punkt 7:

Satzung Kindertagespflege

Der Kreistag stimmt der Satzung des Rhein-Lahn-Kreises über Leistungen und Kostenbeiträge für die Betreuung in Kindertagespflege einstimmig zu.

2. An: **Abteilung 5**

und: **RA**

mit der Bitte um Kenntnisnahme und umgehende Veranlassung der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung gemäß § 1 Hauptsatzung.

und: **ZA/02**

mit der Bitte um

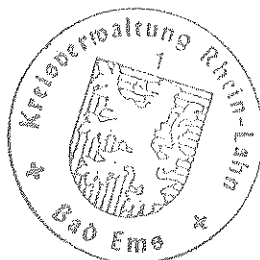
- a) Aktualisierung der Kreisrechtsammlung in Papierform und im Intranet/Informationen/Kreisrecht und
- b) Weiterleitung der (aktualisierten) Satzung als Volltext in elektronischer Form an Referat 03, Frau Hartwig, zwecks Aktualisierung der Satzung im Internet (www.rhein-lahn-kreis.de).

und: **ZA/03**

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Bad Ems, 12.12.2016

(Frank Puchtler)
Landrat



Ausgefertigt

Im Auftrag:

(Anna Klein)

Kreisoberinspektorin



1. Beschlussmitteilung
zur 11. Sitzung des Kreistags in der 10. Wahlperiode am 12.12.2016

II. Nichtöffentliche Sitzung:

Punkt 1:
Kreisimmobilien

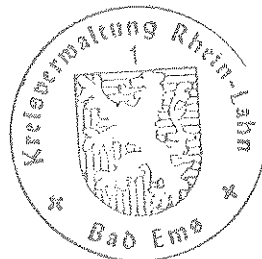
Der Kreistag beschließt (...) die Verwaltung zu beauftragen, das Objekt (...) zu verkaufen.


2. An: **ZGG**

Und: **Abt. 9**

Bad Ems, 12/12.2016


(Frank Puchtler)
Landrat



Ausgefertigt
Im Auftrag:

(Anna Klein)
Kreisoberinspektorin

Haushaltsrede von Herrn Landrat Frank Puchtler
zum Kreishaushalt 2017 am 12.12.2016

-es gilt das gesprochene Wort!-

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der Haushalt gibt immer wieder Anlass, in Gedanken ein Stückchen nach hinten zu blicken, aber auch nach vorne.

Advent ist das Thema Ankunft. Letzter Monat des Jahres, der Blick auf das ablaufende Jahr. Ich glaube, da kann man sagen, nicht nur im Rhein-Lahn-Kreis, die Welt ist in Bewegung, der Kreis ist in Bewegung, es liegen viele Aufgaben hinter uns die gemeistert wurden und viele Aufgaben vor uns, die noch zu meistern sind.

Ich möchte an dieser Stelle einen ganz klaren Dank an unsere weit über 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aussprechen, die diesen Wandel in Politik, in Gesellschaft, in Zuwanderung, mit all diesen Aufgabenstellungen, wie ich finde, alle mit Bravour leisten.

Klaus Brand hat es in seinem Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses bestätigt, da ist hohes persönliches Engagement. Von daher gilt mein Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz persönlich, aber auch im Namen der Kreisgremien und der Ausschüsse. Ganz herzlichen Dank. Und ich kann die Kollegen nur ermuntern, macht engagiert weiter so, Sie werden gebraucht. Herzlichen Dank.

Und genauso, dürfen wir uns als Mitarbeiter der Kreisverwaltung bei Ihnen bedanken, liebe Mitglieder der Kreisgremien, weil das ist Partnerschaft. Wir können nur gemeinsam arbeiten. Wenn wir unsere Aufgaben erfüllen und gerade beim Kreishaushalt ist es ja als Kursbuch ablesbar, brauchen wir die entsprechenden finanziellen Spielräume, die Möglichkeiten, damit wir das Ganze tun können.

Und für das engagierte Miteinander in den vielen Sitzungen mit den Kreisausschüssen, dem Kreistag, den Gremien, darf ich mich bedanken und darf auch in diesen Dank, weil ja auch viele Vertreter von der kommunalen Seite mit dabei sind, Ortsgemeinden, Verbandsgemeinden, das Land und den Bund mit einschließen.

Wir haben gezeigt, dass es möglich ist vieles gemeinschaftlich zu stemmen. Gerade das wichtige Pilotprojekt Breitbandversorgung, was der Zukunft dient, was uns entsprechend weiterbringt, zeigt, wir sind auf einem richtigen Weg, und der richtige Weg heißt für uns, wir bleiben und sind ein aktiver Kreis.

Wir bringen uns für die Menschen ein und Ziel ist es ein Kreis zu sein, aktiv, lebenswert, menschlich geprägt, damit die Bürgerinnen und Bürger sagen, ja, der Rhein-Lahn-Kreis, das ist unsere Heimat, hier leben wir gerne.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung, für das gute Miteinander und ich hoffe, dass wir das auch vom heutigen Tag gemeinsam über die nächsten Monate und Jahre fortsetzen können. Herzlichen Dank.

Für 2017 liegt das Kursbuch jetzt vor. Ich darf mich für die Erstellung des Kursbuches, um in diesem Bild zu bleiben, beim Kämmerer, unserem Finanzchef, Bernd Menche, Frau Holl und ihrem Team recht herzlich bedanken. Sie haben Kurs gehalten, weil wir ja ein Navigationsinstrument haben. Wir haben strategische Ziele und ich möchte nur kurz ein paar zitieren, denn sie spiegeln sich im Haushalt wieder. Die Gewährleistung nachhaltiger Lebensgrundlagen unter Berücksichtigung des demografischen Wandels. Verantwortungsvolle Führung des Haushaltes. Förderung der regionalen Wirtschaft und des lokalen Tourismus, qualifizierte Bildungs- und Kinderbetreuung und Unterstützung des bürgerlichen Engagements unter Berücksichtigung des sozialen Gefüges.

Ich glaube das sind Dinge, die ganz entscheidend sind und diese strategischen Ziele in konkretes Handeln umzusetzen, das ist das Ziel unseres Haushaltes und da setzen wir auf den Bereich der Konsolidierung, den Bereich in den investiert wird und auch an die Vorsorge wird gedacht.

Und Konsolidierung, da kann man ja beim Rückblick schon einiges vorweisen, auch dank Ihrer Unterstützung und dank der Anstrengung auf allen Seiten, haben wir es gemeinsam geschafft von 111 Mio. Euro Gesamtverschuldung, 2016 zum Jahresende dann auf rund 85 Mio. Euro zu kommen. Und wenn wir den Plan fortsetzen können, im Ziel 2017 bei 83 Mio. Euro zu liegen.

Davon, das ist der andere Part, den ich ins Blickfeld rücke, das zählt zur Verantwortung unseres Kämmerers und der gesamten Verwaltung, davon sind immer noch ein stattlicher Anteil, gut über 40 Mio. Euro Liquiditätsschulden selbst gegen Ende des nächsten Jahres plantentechnisch Kontoüberziehung iHv 40 Mio. Euro.

Wir haben bewusst so geplant, weil wir den Haushalt nach allen Risiken absichern wollen und verantwortungsvoll planen. Kontoüberziehung bedeutet auch Zins. Zurzeit sind wir gut dabei, da sieht es gut aus mit der Zinslandschaft, aber es ist noch nicht so arg lang her, da haben wir Zinsen bezahlt - da sind für Kontoüberziehungen 4 % durchaus nicht unspektakulär. Einfache Rechnung, 4 % von 40 Mio. €. Das ist das Risiko was der Kämmerer und wir in der Verwaltung immer sehen müssen. 1.6 Mio-€, das ist belastend und bedeutend für einen Kreishaushalt, sofern diese Zinsentwicklung eintritt.

Jetzt mag man sagen, das ist spekulativ, wir entsinnen uns vielleicht im Jahr 2007/2008 mit einer Finanzmarktkrise, die ja Umwälzungen gebracht hat, weil in den USA ein großes Institut in Schwierigkeiten gekommen ist. Ich will nur damit aufmerksam machen, bei allem sicher gemeinschaftlich erreichten Erfolg auf dem Weg der Konsolidierung, sind das nur die ersten Schritte, weitere Schritte müssen folgen.

Wenn wir unsere Grundsätze, nachhaltig an Lebensgrundlagen zu arbeiten, an die Menschen im Kreis zu denken, gerade auch junge und kommende Generationen im Blick zu behalten, bedeutet das Verantwortung, denn die Konsolidierung ist nicht nur unser Ziel von Seiten der Verwaltung und mit Sicherheit nicht nur das Gebot der ADD - daran möchte ich erinnern, da gibt es Vereinbarungen mit der ADD, die uns eigentlich sehr deutlich sagen, dass Ausgaben auf das Notwendige, auf das Unabweisbare zu beschränken sind.

Die Konsolidierung ist neben dieser formellen Betrachtung die Voraussetzung für künftige und zukünftige Spielräume, für die Handlungsfähigkeit des Kreises. Und so versuchen wir immer, so ist der Haushalt aufgestellt, einen Kurs zu fahren, der der Konsolidierung entsprechend Sorge trägt, aber auch den entsprechenden Investitionen.

Und Investitionen sind die Mittel die wir insgesamt einsetzen. Es gibt den formellen Begriff der Investition, aber ich glaube, wenn wir uns den einen oder anderen Part anschauen, ist es wichtig, dass wir in gewissen Bereichen konkret finanzielle Mittel einsetzen um in die Zukunftsfähigkeit unseres Kreises zu investieren.

Das sind mal Unterhaltungsmittel, das sind Modernisierungsmittel, das sind Zuwendungen und es sind direkte Investitionen mit dem Ziel, den Standort, unseren Rhein-Lahn-Kreis, attraktiv zu halten.

Beginnen möchte ich da mit einem Bereich, wo die ersten Schritte der Menschen in unserem Kreis beginnen, wenn sie in der Regel ein gutes oder zwei Jahre alt sind, das sind die Kindertagesstätten.

Das ist eine Gesamtverantwortung in der Begleitung für 82 Kindertagesstätten im Kreis, Verantwortung die wir gerne wahrnehmen, weil wir es nicht nur sehen als Verantwortung oder als unseren Beitrag zu insbesondere Personalkostenanteilen, sondern es ist eine Chance, eine Chance für unseren Kreis. Wir sind sehr offen, wir setzen auf Flexibilität, wir sind bereit, - lieber Udo Rau, Stichwort Verbandsgemeinde Nassau, als wir diskutiert haben - auch über Schichtmodelle und all diese Aufgabenstellungen, Vereinbarkeit Familie und Beruf, Öffnungszeiten, zu sprechen und dies zu berücksichtigen.

All das sind Themen, klare Zukunftsfelder und da möchten wir über 37 Mio. Euro hineinfließen lassen, allein in diesen großen Komplex Kindertagesstätten.

Ich glaube, das ist gut angelegtes Geld und ich möchte ein deutliches Wort des Dankes an die Mitarbeiter in diesem Bereich richten. Wir haben so viel diskutiert über das Thema Abrechnungen, all die Aufgaben, für die wir hier gemeinsam Verantwortung tragen, man unterschätzt oft die Detailarbeit. 82 Kindertagesstätten mit verschiedenen Gruppenformen. Es vergeht kein Tag an dem keine Gespräche vor Ort geführt werden etc.

Immer mit dem Ziel, begleitend zu helfen. Insofern einen herzlichen Dank an die Mitarbeiter.

Lieber Klaus Brand, ein wichtiges Thema, Stichwort Abrechnungen, wir haben heute noch Gespräche geführt, wir arbeiten zielorientiert und ich hoffe beim nächsten Rechnungsprüfungsausschussbericht sind wir da ein Stück weiter.

Wir haben auch ein Gespräch mit dem Landesjugendamt geführt. Ich möchte aber deutlich machen, dass das eine große Herausforderung ist, wir sie aber gerne machen und ich glaube 37 Mio. Euro sind da ein deutliches Wort.

Der zweite Part des Lebensweges sind die Schulen. Über 10 Schulen in unserer Trägerschaft bedeutet: Unterhaltung, Modernisierung, Investieren und für uns ein

klares Bekenntnis als Schulträger, das ist unterlegt durch 7,4 Mio. Euro Mittel, die in den Betrieb, den Bau und die Unterhaltung fließen.

Wir schauen in die Zukunft - und ich darf mich bei Herrn Petri und seinen Mitarbeitern an dieser Stelle nochmal ausdrücklich bedanken, für die Entwicklung eines Turnhallenkonzeptes, was nicht nur Bildung beinhaltet, sondern auch Sport, Freizeit, Gemeinschaft.

Damit alles entscheidende Schlüsselqualifikationen, die nicht nur für junge Menschen wichtig sind.

Auch ein Thema ist die technische Ausstattung. Hier die Beschaffung der Whiteboards, nochmal herzlichen Dank, dass wir das eingebaut haben, in den letzten Haushalt und in diesen.

Heute Morgen war ich bei den Kollegen der FOS, unserer Fachoberschule in Katzenelnbogen, die haben ein tolles Projekt vorgestellt, das nennt sich Zukunftsklasse Forschen und der entscheidende Part ist, im Vordergrund steht immer die Freude am eigenen Forschen und Ausprobieren. Junge Buben und Mädchen engagieren sich in einem Zukunftsfeld Technik, haben selbst erarbeitet, wie ein kleiner Roboter entsprechend Wege fahren kann, selbst programmiert. Das ist ein guter, das ist ein richtiger Weg und ich war überrascht über die Resonanz, die so ein Programm erfährt.

Ich möchte im Ergebnis aber auch in den Blickwinkel rücken: An dieser Aufgabe werden wir mit dem Haushalt 2017 und den zukünftigen Haushalten weiter arbeiten müssen.

Baulich gute Unterhaltung, Modernisierung und die technische Ausstattung bleibt ein Zukunftsfeld, wo Mittel gut einzubringen sind.

Über den Bereich der formellen Schulträgerschaft bringen wir uns gerne ein, in Verantwortung für neue Entwicklungen und für Strukturveränderungen. Ich nenne hier das Beispiel unseres Marion-Dönhoff-Gymnasiums, wo wir gemeinschaftlich Veränderungen vorgenommen haben.

Ich möchte zum Ausdruck bringen, auch ganz persönlich: Schulträgerschaft ist ein klares Bekenntnis, was materielle Dinge betrifft aber auch dass wir jungen Menschen eine gute Perspektive in unserem Rhein-Lahn-Kreis geben.

Das Ganze, Kindertagesstätten, Schule und andere Themen wie der Arbeitsplatz, das funktioniert nur mit dem Stichwort Mobilität.

Ich glaube es gibt vielleicht kein größeres Schlüsselprojekt für die Entwicklung im ländlichen Bereich mit 137 Gemeinden und Städten. Wir wollen überall eine solide Entwicklung haben und - um das immer mal plastisch deutlich zu machen - 137 Städte und Gemeinden bedeuten in der Fläche, beispielsweise der Weg von Lahnstein nach Burgschwalbach. Das bildlich auf der Landkarte dargestellt und dann umgesetzt in die Realität, da muss Mobilität sichergestellt werden.

Dies bedeutet für den VRM und für alle Unternehmen und für unsere Kollegen des entsprechenden Ressorts, dass allmorgendlich weit über 10.000 Schülerinnen und Schüler und Kindergartenkinder auf den Weg zur Schule oder Kindergarten gebracht werden müssen.

Wir haben gerade heute wieder den Start gehabt, die nächsten 2 Bündel sind effektiv gestartet im Bad Ems/Nassauer Raum und im Diezer Raum.
Herzlichen Dank an alle die mitgearbeitet haben.

Wegen ein paar Punkten haben wir im Laufe der Woche schon Gespräche vereinbart, aber ansonsten hoffe ich, dass wir den Weg weiterführen und bleibe dabei, nicht nur die Herausforderungen unseres Kreisgebietes in der Fläche sind zu bewerkstelligen, sondern auch als Beispiel: Stichwort Fachoberschule Katzenelnbogen. Aus 82 Herkunftsorten gehen die Kinder in die Schule nach Katzenelnbogen. Diese Aufgabenstellung mag jeder für sich mit nach Hause nehmen, überlegen, wie wird er das angehen, damit dieser Plan verkehrstechnisch gelingt, topographisch gelingt und auch im Rahmen von Finanzrahmenbedingungen, die wir haben.

Ich bin sehr dankbar und viele haben uns da unterstützt, auch bei der Bewältigung der Aufgabe aus der Umstellung des letzten Bündels, Blaues Ländchen, das war nicht einfach.

Die Linienbündelung, sie geht in anderen Kreisen weiter und wir versuchen aus jeder Bündelung, aus jedem Projekt zu lernen und entsprechend zu optimieren.

Im Ergebnis bedeutet das, die anderen Aufgabenstellungen, neben dem ÖPNV, Kreisstraßenbau, alles was dort zusammenfließt, berücksichtigt über 13 Mio. Euro, die im Haushalt in den Bereich der Mobilität fließen.

Und wenn man von der Mobilität auf den realen Straßen spricht, dann gilt das auch für die digitalen Straßen, das Breitbandprojekt, das läuft. Die technische Umsetzung, Schritt für Schritt. Auch da gibt es immer Herausforderungen, da müssen Genehmigungen eingeholt werden. Da gibt es Ecken und Kanten, wie man so schön sagt, wir sind da regelmäßig im Gespräch mit Inexio und wir hoffen, dass wir das Ziel plangemäß erreichen.

Manchmal gibt es eine Verzögerung und dafür bitte ich um Verständnis. Die Leute denken oft, wir als Kreis würden bauen und würden die Dinge komplett verantworten. Wir sind jemand, der eine finanzielle Zahlung leistet, damit ein Dritter baut und das ganze betreibt. Trotzdem bleiben wir dran, brauchen aber die Unterstützung der Ortsgemeinden, der Verbandsgemeinden vor Ort.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei Herrn Wilhelm Herm bedanken, wir sind da sehr eng in Zusammenarbeit, um das Projekt zum Ziel zu führen.

Und ich glaube, es ist der richtige Weg um für die Zukunft unseres Kreises eine technische Grundlage zu geben.

Und dass das Projekt in die Zeit passt und dass es gut ist gemeinschaftlich zu arbeiten, Ortsgemeinde, Verbandsgemeinde, Kreis, Bund und Land hat gezeigt, die Arbeit im Verbund macht uns stärker.

Wir haben die Entwicklung gesehen, im Bereich der Abfallwirtschaft. Allein sind wir gut 124.000 Menschen, im Verbund sind wir 10 mal so viel. 1,2 Millionen. Wir können dort entsprechende Strukturen schaffen, in denen Gebühren stabil gehalten werden können, sowohl im Abfallbereich als auch in anderen Aufgabenstellungen.

Und es hat schon etwas, einen Verbund von über 1,2 Millionen Menschen - in kurzen Worten ein Verbund von Siegburg bis Sauertal.

Um das mal deutlich zu machen von Siegburg bis Sauertal, ich habe es bewusst erwähnt, wir verhandeln auf Augenhöhe. Weil auch der Rhein-Sieg-Kreis, der ja ein „klein wenig größer“ ist als unser Rhein-Lahn-Kreis, hat dort letzten Endes eine Stimme, das ist ein gutes und faires Miteinander.

Ein gutes und faires Miteinander ist ein Beispiel für andere Aufgabenstellungen.

Herzlichen Dank an unsere beiden Werkleiter Herr Thomas Fischbach und Herr Günter Müller und ihr gesamtes Team.

Das Defizit, das der Plan ausweist, der Jahresverlust ist kein Liquiditätsabfluss, sondern wir stellen zurück für die Zukunft, perspektivisch gehen wir in den nächsten Jahren wieder ins Plus, schaffen mit den Rückstellungen Vorsorge für Aufgaben der Zukunft.

Was aber eine tolle Leistung ist und das hätte ich persönlich nicht gedacht, vor gut einem Jahr, als wir die Beschlüsse gemeinsam gefasst haben, dass über 30 Mitarbeiter aus dem Anlagenbetrieb integriert werden können.

Und es ist gelungen in Verhandlungen und Gesprächen, mit viel Einsatz der Beteiligten, alle Mitarbeiter sind den Weg zum Kreis gegangen.

Ein Kompliment für unsere Kollegen, Kompliment sicher auch für den Kreis.

Wenn man im Ergebnis sieht was die wirtschaftliche Seite betrifft, liegen wir in einem guten Rahmen.

Ich glaube es zeigt, dass man im gegenseitigen Vertrauen, mit einem Höchstmaß an Transparenz gut gemeinschaftlich unterwegs sein kann.

Unterwegs sind wir auch mit einem weiteren Punkt.

Das ist für die Zukunftsorientierung die Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Altenkirchen, die nachher auf der Tagesordnung steht, diese können wir schon verlängern bis 2024.

Die Integration des Anlagenbetriebes ist für mich ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit mit unserem Personalrat, Frau Köhler und den Kolleginnen und Kollegen. Das ist gut, das ist sehr vertrauensvoll, es ist eine angenehme Atmosphäre und es wird auch mal gelacht, das gehört dazu. Wir haben auch mal unterschiedliche Positionen, aber die Positionen und das spürt man, sind immer geprägt vom Ziel gemeinsam für die Kolleginnen und Kollegen, für den Kreis und für die Zukunft zu arbeiten.

Einen ganz herzlichen Dank an den Personalrat, auch für gute Ideen, für das, was noch vor uns liegt. Wir haben das ein oder andere gemeinsam im Blickfeld. Das ist eine kostbare Sache und wir nutzen dort die Möglichkeiten unserer Mitarbeiter.

Wie können wir effektiver werden, wie können wir die Räume noch stärker nutzen, wie können wir Personal gemeinsam weiterentwickeln.

Es ist gut, dass man die Mitarbeiter engagiert mit einbindet, weil sie sich am besten an ihren Arbeitsplätzen auskennen.

Auch hier ganz herzlichen Dank, es sind weit über 400 Mitarbeiter an über 20 Standorten, die für unseren Kreis tätig sind und die damit für uns alle arbeiten.

Und stellvertretend Ihnen liebe Frau Köhler, ganz herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit und Ihnen persönlich alles Gute.

Wir investieren in Ausbildung - dank Ihrer Entscheidung haben wir jetzt allein im Bereich des dualen Studiums 4 Plätze.

Wenn man die ganze Entwicklung sieht, aktuell diskutiert man auf der Bundesebene über ein Unterhaltsvorschussgesetz. Das ist dann unser Thema. Die Komplexität, zusätzliche Gesetze. Das bedeutet dann 2,5 zusätzliche Kräfte plus Sachaufwand und eine zusätzliche Aufgabenstellung, die viel Wissen erfordert.

Deswegen sind gut ausgebildete Mitarbeiter für uns eine entscheidende Grundlage für die Kreisentwicklung.

Die Kreisentwicklung haben wir beschrieben in unserem Kreisentwicklungskonzept, Breitband, Mobilität, Gesundheitsversorgung sind als Stichworte schon genannt, im Gesundheitsbereich läuft es gar nicht mal so schlecht, wenn man den ländlichen Raum sieht mit den Schritten, die die Versorgung betreffen.

Die MVZ auf privater Basis, auf kommunaler Basis in Katzenelnbogen sind wichtige Schritte und wir haben vor kurzem in einem Bereich ein Gespräch geführt, wo es über eine Filiallösung Möglichkeiten gibt.

Ich glaube wenn man gemeinschaftlich unterwegs ist, dann können wir unsere Fläche wieder entsprechend stärker besetzen.

Ein Kompliment an unsere Träger in der Gesundheitsversorgung. Konkret, die Kliniken, die rundum dafür waren ein Gesundheitsnetzwerk zu bilden.

Weiterkommen kann man in der großen Linie des Kreisentwicklungskonzepts nur, wenn wir eine zentrale Schaltstelle haben, wo wir das Ganze zusammenbinden und umsetzen, um den einzelnen Akteuren in der Kreisentwicklung bis hin zum Ehrenamt Unterstützung zu geben. Wir haben die Förderung, die uns das Land zugesagt hat zur Verlängerung beantragt, die Verlängerung hat man uns bewilligt, das heißt bis zum 31.12.2019.

Und wie wir das dann entsprechend angehen damit kommen wir mit einem Konzept auf Sie in die Gremien zu.

Ich glaube, das ist ein guter Ansatz, denn der Eckpfeiler KEK ist ja zentral für die Aufgabenerfüllung im Rhein-Lahn-Kreis. Es wird begleitet durch unsere Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Das ist ein kleines Team, unser Leiter Herr Matern, die stellvertretende Leiterin Frau Auer und die Mitarbeiterin Frau Simon – 3 Personen. Ich habe in anderen Kreisen gesehen, die haben teilweise 8 und mehr Mitarbeiter und trotzdem haben wir mit unserem Team eine gute Entwicklung.

Über 100 Projekte im Kreis werden im Schnitt gefördert, wir machen Foren, wir begleiten Unternehmen auf ihrem Weg. Heute gab es wieder Gespräche mit Existenzgründern bzw. jungen Leuten, die Unternehmen übernehmen wollen. Die Anzahl der Gewerbeanmeldungen steigt, das war vor kurzem auch zu registrieren.

Selbst bundesweit hat man es durch dieses starke Engagement aller Beteiligten, das ist für mich Wirtschaft, Handel, Handwerk, Arbeitnehmer, Gewerbe, Landwirtschaft, Weinbau, geschafft im sogenannten Aufsteigerranking der Prognos-Studie den 3. Platz zu erreichen.

Das sind die Herausforderungen, die im Haushalt abgebildet werden.
Wir im Kreis gehen diese gerne an.

Wir nehmen Ihre Anmerkungen, insbesondere des Rechnungsprüfungsausschusses, sehr ernst, versuchen, unsere Lösungen mit hohem Engagement einzubringen. Es ist das umzusetzen, was an Gesetzen, an sonstigen Aufgaben auf uns zukommt.
Von daher bitte ich um Verständnis, wenn wir die ein oder andere personelle Aufgabe nur lösen können, wenn wir Vorschläge zur Personalverstärkung machen.
Grundlage des Haushaltes - und das ist ja unser entscheidender Punkt - ist die Aufgabenerfüllung.

Das sind gesetzliche Aufgaben, das sind die genannten Zukunftsfelder wie Kindertagesstätten, Schulen, Mobilität. Und da arbeiten wir nach dem Prinzip der Haushaltssicherheit, wir gehen von heutigen gesetzlichen Grundlagen aus, wie sie heute in Gesetzesform gegossen sind.

Es gibt sicher Themen wie die Integrationspauschale, da haben wir den Vorschlag des Vorsitzenden des Gemeinde- und Städtebundes, Harald Gemmer, aufgegriffen und setzen uns gemeinschaftlich zusammen.

Es wird im Januar ein Termin stattfinden, bei dem sich die Integrationsbeauftragten zusammensetzen - Verbandsgemeinden und Kreis - und versuchen ein Konzept zu entwickeln für den Einsatz der Integrationspauschale.

Ich möchte ausdrücklich dem Kämmerer und allen Mitarbeitern danken, denn das kann ich Ihnen ausdrücklich bestätigen, jeden Cent, der uns von den Kommunen und von Bund und Land zur Verfügung gestellt wird, versuchen wir so effektiv wie möglich einzusetzen.

Und dazu ist ja auch der Wandel der Zeit sehr schnelllebig. Wer hätte vor einem Jahr gedacht, dass wir im Bereich Diez über eine Bundespolizeiakademie nachdenken. Und auch das alles muss hier im Hause bewältigt werden. Personell und finanziell.

Wir sind zurzeit dabei das Ganze zu verzahnen, dass wir Richtung Kreishaus zurückfahren und die Kollegen der Bundespolizei dort ihren Stab aufbauen können. Das klingt jetzt einfach und das ist auch ein guter Weg, aber da steckt viel Detailarbeit, viel Engagement dahinter, was bewältigt werden muss.

Ich möchte mich ganz herzlich bedanken für die bisherige Arbeit in dem gesamten Themenbereich der Zuwanderung, insbesondere bei der AfA.

Es wird sicher mal Probleme geben, aber die sind lösbar und wir sind da auf einem guten Weg was die neue Aufgabenstellung betrifft und das ist ein Gewinn für den Kreis. Wir sollten durchaus selbstbewusster auftreten, weil die Bundespolizei ist gefragt worden, warum Diez: Das ist der Standort zwischen Köln und Frankfurt. Genau eine zentrale Lage zwischen großen Zentren.

Einen herzlichen Dank an alle, die diese gemeinschaftlichen Wege beschreiten und mit uns unterwegs sind. Ich glaube das ist ein guter Weg.

Wie bei den Haushaltsentscheidungen - es gibt unterschiedliche Perspektiven. Wir haben noch einen Dritten im Bunde, das ist die ADD mit der wir den Haushalt

abstimmen müssen und vorlegen. Insofern bitte ich Sie immer bei Ihren Entscheidungen im Blickwinkel zu haben, dass wir nicht einfach unsere Rahmenbedingungen ändern können, sondern der Aufsicht unterliegen und dies Weichenstellungen gibt.

Weichenstellungen, da ist ein aktuelles Thema, was nicht konkret Thema unserer heutigen Tagesordnung sein wird. Aber das Stichwort Brücke sei genannt.

Ich habe mal nachgeschaut und da heißt es in der Definition: Eine Brücke ist ein Konstrukt zur Überwindung eines Hindernisses auf dem Weg. Ich finde dies eine gute Bezeichnung auch für die aktuellen Aufgabenstellungen. Wie heißt es so schön, der Wunsch von hier nach dort zu kommen ist in der Sehnsucht der Menschen begründet. Das kann man gut nachvollziehen und es hat sich in der Geschichte schon immer gezeigt, wo Handelsstraßen Flüsse überquert haben, gab es prosperierende Entwicklung.

Von daher bin ich Ihnen dankbar für den letzten Beschluss im Kreisausschuss, die Mittelrheinbrücke stärkt die wirtschaftliche Entwicklung unseres gesamten Tales, sie verbindet Menschen miteinander und deswegen sollten wir gemeinschaftlich unterwegs sein.

Herr Staatsminister Dr. Wissing hat uns den 10.01.2017 als Sitzungstermin vorgeschlagen und empfohlen, das auch gemeinschaftlich mit den Kollegen zu machen. Das Angebot der Sitzung habe ich dem Kollegen unterbreitet und wir blicken in die Richtung des 10. Januars.

Ich glaube es ist wichtig - wie das so schön ist bei dem Bild des Läufers- wenn man Laufen will, dann muss man irgendwann loslaufen und dann ist es klar, man muss Startgeld mitbringen, damit man überhaupt die Chance hat loszulaufen.

Loslaufen bedeutet aber auch mitgestalten, mitentscheiden, wo die Bevölkerung erwartet, dass wir da nach langen Gesprächen, nach vielen Wahlaussagen endlich zu konkreten Ergebnissen kommen, zu Fakten.

Das ist für mich der Start des Raumordnungsverfahrens, um belegbare Grundlagen zu bekommen.

Hier setze ich auf Partnerschaft, auf gemeinschaftliche Verantwortung und wenn es dann so ist, dass man nicht zu dritt sondern vielleicht am Anfang nur zu zweit ist, glaube ich, sollten wir uns das auch gut überlegen. Wir sind zuhause in den Dörfern so gestrickt, dass wir genau wissen, wenn wir etwas wollen, müssen wir selbst etwas bringen. Zuhause in den Dörfern nennt man das Eigenleistung.

Wichtig ist, es geht um die Bürger im Mittelrheintal, um eine kontinuierliche Fortentwicklung, dafür bitte ich Sie in Ihren Diskussionen, in Ihren Gremien um Unterstützung.

Und eines ist mir ganz wichtig - unabhängig davon wie die Diskussionen und die Beschlüsse weitergehen: auch wenn zu zweit gestartet wird, die Tür bleibt immer offen. Werfen wir den Blick nach vorne, gehen wir es gemeinschaftlich an und schauen jetzt mal Richtung des 10. Januars auf den Termin mit dem Minister.

Eine schwierige Ausgangslage, die viele sehen. Man wird sehr oft angesprochen, an einem Beispiel möchte ich deutlich machen, dass es oft Ausgangslagen gibt, bei denen man sieht, dass das gut hinzubekommen ist.

Es gibt Ausgangslagen, da muss man auf Menschen setzen und es gab lange den Blickwinkel, dass nach der Schließung der Geburtsstation im Kreis kein Kind mehr amtlich im Rhein-Lahn-Kreis geboren wird. Da sind zwei engagierte Hebammen losgestartet. Sie haben nicht gefragt, was kostet mich das Ganze, sondern sie sind zur Stadt, zur Verbandsgemeinde, zum Kreis, zum Ministerium gegangen und haben gefragt, wer kann uns helfen, wie kriegen wir den Weg hin. Sie haben es gemeinschaftlich mit vielerlei Unterstützung geschafft und dann komme ich zu den Fakten, das bedeutet in einem guten Jahr, 42 Geburten, die in der Geburtsurkunde den Geburtsort Diez, Rhein-Lahn-Kreis, tragen.

Ein Beispiel, wie ich finde ein gutes Beispiel, bei dem man sieht, wenn man etwas gemeinschaftlich will, wenn man anpackt, wenn man unterstützt wird ist man auf einem guten Weg.

Und dass sich dieser gute Weg in der Gesamtzahl in unserem Kreise niederschlägt, das ist das Ziel eines Kursbuches, eines Haushaltes. Wenn Sie die Entwicklung der Einwohnerzahlen betrachten. Weil bei allem was wir tun ist ja das Ziel den Standort zu stärken, attraktiv zu gestalten, zu stabilisieren, für die Zukunft gut aufzustellen. Ich habe eine Übersicht, da sind die Landkreise in der Nachbarschaft, von Ahrweiler über Altenkirchen, Cochem mit dabei, Mayen-Koblenz, Neuwied, Rhein-Hunsrück. Die Entwicklung der Einwohnerschaft ist überall positiv. Im Schnitt sind es 0,87 %. An der Spitze steht mit 1,69 % Zunahme und mittlerweile 124.000 Menschen der Rhein-Lahn-Kreis, das ist im Vergleich fast das Doppelte an Zuwachs.

Ich glaube das zeigt, dass wir auf einem guten Weg sind und in einem Weihnachtsgruß, da ist der schöne Satz zu lesen - passt zur Zeit der Digitalisierung und moderner Technik - „der Schlüssel zum Erfolg sind nicht Informationen allein, es sind die Menschen“.

Und darauf, meine sehr verehrten Damen und Herren setze ich.

Auf die Menschen im Kreistag, in den Kreisgremien, auf die Menschen hier bei uns im Kreishaus und auf die Menschen in unserer Region. Tolle Menschen, sehr engagierte Menschen, die sich mit viel Engagement für unseren Kreis einbringen.

Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung zu unserem Kursbuch mit dem Ziel, allen eine gute Zukunft zu geben, gemeinschaftlich unterwegs zu sein und denken Sie an die 42 Geburten, es lohnt sich für den Rhein-Lahn-Kreis zu arbeiten!

Herzlichen Dank!

Haushaltsrede 2016 - Carsten Göller, SPD-Fraktion

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

eigentlich hätten wir eine ruhige und besinnliche Vorweihnachtszeit vor uns gehabt. Eigentlich! Denn die Verwaltung hat uns einen **guten, ordentlichen und nach den Gesetzen und Regeln** aufgestellten Haushaltsentwurf vorgelegt. Dafür ein herzliches Dankeschön und Danke für die gute Arbeit in diesem Jahr. **Danke** sagen möchte ich auch für die **guten Ergebnisse der letzten Jahre!** Die erzielten Einsparungen im Haushalts 2016 sprechen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wir steigen aber auf gemeinsamen Antrag von CDU und FWG in eine **Umlagediskussion** ein, die leider **wichtige Themen in der Kreispolitik an den Rand drängt.**

Ich will daher zunächst einmal die Themen ansprechen, die wir 2016 geschafft haben und die mit dem neuen Haushalt weiter angepackt werden.

- Den **Breitbandausbau**: Der Bau läuft, die ersten Gemeinden sind angeschlossen und man hört viel Positives über den Ausbau.
- **Buskonzept und Verbesserungen im ÖPNV**: Der Start war holprig, zugegeben. Aber es fahren mehr Busse, Anbindungen wurden verbessert und die Forderung nach mehr ÖPNV im Kreis wurde erfüllt. Versprochen und gehalten!
- **Turnhallenkonzept** auf den Weg gebracht und im Haushalt enthalten: Die kreiseigenen Turnhallen haben Sanierungsbedarf. Die SPD-Fraktion war unter anderem in Katzenelnbogen und St. Goarshausen vor Ort. Wer sich

die Hallen anschaut, kann nicht bestreiten, dass wir hier eine große und wichtige Aufgabe vor uns haben.

- **Unwetterlagen** bewältigt. Dank an VGen, FFW und Rettungsdienste: Das Frühjahr hat uns alle in Atem gehalten. Für die von Feuerwehren und Rettungsdiensten geleistete Arbeit ein herzliches Dankeschön. Unsere Entscheidung, den KFI künftig ins Hauptamt zu führen, war vor diesem Hintergrund absolut richtig.
- Und nicht zuletzt die **Bewältigung der Flüchtlingskrise**: Insbesondere die AfA Diez hat Kreis, VG und Stadt gefordert. Aber auch in allen anderen Verbandsgemeinden und der Stadt Lahnstein wurde und wird viel geleistet. Dass sich die Aufgabe ändert sehen wir in Diez, wo sich in 2017 für die Region mit der Bundespolizei eine großartige neue Perspektive eröffnet. Integration bleibt aber ein Schwerpunkt in 2017 und darüber hinaus.

2017 müssen wir aber an vier Stellen richtig anpacken

- **KEK**, abprüfen, was geschafft (Breitband und ÖPNV), was noch zu tun und vor allem den Kreisentwickler einstellen
- **Pflege und Gesundheit**
- **Mobilfunkausbau** (Anstoss gegeben, Ergebnisse erwartet)
- Und wir müssen uns über die künftige Ausgestaltung und Aufstellung des **Personals hier im Kreishaus** sprechen. In der Haushaltsprüfung wurden wichtige Hinweise gegeben und die Politik ist aufgerufen einen Rahmen zusetzen, bzw. anzupassen. Wichtig ist es jungen Leuten in der Verwaltung eine berufliche Perspektive vor Ort zu geben.

Anrede,

wir müssen aber heute erst einmal eine **rein kommunalpolitische Umlagediskussion** führen. Ich möchte das zunächst einmal **einordnen**: Die Umlagefrage bewegt die Kommunalpolitik, nicht die Menschen im Kreis! Mich haben in den letzten Wochen viele auf die Mittelrheinbrücke oder auf den Breitbandausbau angesprochen, nicht auf einen Umlagesatz!

Wir haben einen gemeinsamen Antrag von CDU und FWG vorliegen die Umlage um 0,8 Prozentpunkte zu senken. Diesen Antrag werden wir ablehnen!

Ich will das begründen:

1. Die **Integrationsmittel sind für Integrationsarbeit** gedacht und nicht um eine Umlagesenkung zu finanzieren. Meine Gemeinde würde profitieren, aber wir haben nicht einen Flüchtling aufgenommen. Das wäre ungerecht! Außerdem wär dann die **Idee von Harald Gemmer**, das Geld in konkrete Projekte auf OG und vor allem VG-Ebene zu investieren, also in die Integrationsarbeit vor Ort.
2. Eine **Rückführung der Liquiditätskredite** ist angebracht, weil er finanzpolitisch vernünftig ist und langfristig **Risiken minimiert**. Richtig ist auch, dass wir mit unseren Konsolidierungsbemühungen dem Plan hinterher hängen. Da haben CDU und FWG offenbar die Grafik im Haushaltsvorbericht auf S. 91 falsch herum gehalten. Ihre Feststellung dazu in Punkt 2 des Antrags ist **schlichtweg falsch!** Wir sind voraussichtlich erst ab 2019 im Lot.
Keiner weiß wie sich die Zinsen entwickeln. Erst mal wird wohl nix passieren, aber was in 4-5 Jahre am Zinsmarkt passiert weiß niemand von uns. Und das ist der Zeitraum, den wir in Haushalten in den Blick nehmen.

Der Kreis hat immer noch knapp 24 Mio. Euro NEGATIVES Eigenkapital. Auch das ist ein Risiko für die Zukunft!

3. CDU und FWG denken, dass ein Schließen der AfA Diez dem Kreis Geld spart. Das ist eine falsche Fährte! **Ohne AfA keine Kostenerstattung** vom Land. Und wenn Kreispersonal wieder reine Kreisaufgaben übernimmt, muss der Kreis sie auch voll bezahlen. Für mich sind das Kosten, keine Einsparungen!

4. Mögliche **Verbesserungen werden es schon richten** (Punkt 5 des Antrags). Das ist eine ungewisse Wette auf die Zukunft. Solche Finanzwetten haben mit Lehman-Brothers die Welt 2008 ins Chaos gestürzt. Das ist gefährlich und unseriös.
Und das ist **unfair den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber**. Sie machen sie zum Opfer ihres eigenen Erfolgs. Sie arbeiten hart, sparen Geld ein und liefern top Ergebnisse. Ein Schwenk dieser Art würde die Dezeberrally, schnell noch den Titel leer räumen, bevor es nix mehr gibt, wieder auferstehen lassen und das können wir nicht wollen!

Auch ein Blick auf die **Gesamtfinanzsituation der Kommunen** im Kreis zeigt, dass es gar nicht so schlecht aussieht. **4 VGen senken ihre Umlage**. Viele Gemeinden haben ausgeglichenen Haushalt oder können zumindest ihre Aufgaben sauber finanzieren.

Es gibt natürlich auch **Ausreißer, insbesondere die VG Loreley**. Aber, und das will ich deutlich sagen, dort hat man ein Ausgabenproblem! Im Zuge der Fusion wurden Vergleiche angestellt: Dabei kam heraus, dass die Einnahmesituation der neuen VG Loreley mit der der VG Nastätten (und hier haben wir 28% Umlage) vergleichbar ist. Das lösen wir nicht mit einer Umlagesenkung, das müssen Werner Groß und die Kommunalpolitik vor Ort selbst anpacken!

Wir verschließen uns aber nicht einem **Kompromiss!** Wir können die Gemeinden in gewissem Maß an den guten Ergebnissen der letzten Jahre beteiligen. Aber 0,8 ist zu viel!

Die SPD beantragt daher die Umlage um 0,3 Prozentpunkte zu senken, aber den Ergebnishaushalt mit einer schwarzen Null abzuschließen.

Zur Finanzierung wollen wir die knapp 160.000 € vom positiven Ergebnis nehmen. Weitere 100.000 € wollen wir aus dem kleinen Straßenbauprogramm nehmen und den Ansatz von 400.00 auf 300.000 Euro setzen. Fehlen noch 88.100 €, die wir mit einer Korrektur der Fallzahlansätze im Sozialhaushalt einsparen wollen. Für den Vorschlag bitte ich Sie um Zustimmung.

Unterm Strich wollen wir die Konsolidierung fortsetzen und gleichzeitig wichtig Projekte auf den Weg bringen. Ich habe sie für 2017 bereits genannt. Es passiert aber noch viel mehr, etwa in der WFG, im Beirat für Migration und Integration, im Naturpark Nassau oder im Welterbe Zweckverband auf dem Weg zur Buga 2031.

Bevor ich meine Rede beende möchte ich noch kurz auf die Werke eingehen. Auch hier wird die SPD-Fraktion den vorgelegten Beschlüssen der Verwaltung zustimmen. Wir haben in diesem Bereich in der Vergangenheit wichtige Entscheidungen getroffen und gerade der eingeschlagene Weg der Kooperationen und Zusammenschlüsse mit anderen Gebietskörperschaften gilt es fortzusetzen. Unser oberstes Ziel ist die **Gebührenstabilität** bei gleich gutem Service für die Kunden.

Zum Schluss möchte ich noch einmal etwas **grundsätzlicher** werden:

Mir passt etwas ganz und gar nicht: Der Rhein-Lahn-Kreis wird viel zu oft schlecht gemacht, auch von verantwortlichen in der Kommunalpolitik selbst! Das muss anders werden, sonst gehen junge Leute weiterhin weg zur Ausbildung oder Studium und kehren überhaupt nicht mehr zurück. Wir müssen vielmehr zeigen, was alles geht, was gut ist und was sich entwickelt, nur so hat unser Kreis eine gute Zukunft.

Ich will weiter optimistisch bleiben und meinem Sohn sagen können, dass es sich lohnt hier zu bleiben. Lassen Sie uns finanzpolitisch vernünftig sein und lassen Sie uns anpacken für unseren Kreis!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede von Herrn Matthias Lammert, MdL,
Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion,
zum Kreishaushalt 2017 am 12.12.2016

-es gilt das gesprochene Wort!-

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,
ich möchte mich zunächst im Namen der CDU Kreistagsfraktion recht herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und bei Herrn Bernd Menche und seiner Stellvertreterin Frau Holl für die gute und umfassende Aufbereitung des Zahlenwerkes bedanken.

Die Situation für den Haushalt 2017 stellt sich aus unserer Sicht wieder besser dar.

Nach den positiven Jahresergebnissen 2014 mit 3,6 Millionen, 2015 sogar mit 5,4 Millionen und 2016 beim Nachtragshaushalt bereits mit 4,3 Millionen, haben wir wieder einen ausgeglichenen Haushalt (161.000 Euro).

Sprachen wir in der Vergangenheit davon, dass der Haushaltsausgleich und die Konsolidierung und Rückführung unserer Schulden nicht zu leisten sind, so können wir (sollten wir) heute zumindest optimistischer in die Zukunft blicken.

Das Licht am Ende des Tunnels ist nicht nur ein Kerzenschein der gestrigen 3. Adventskerze, nein, es zeichnet sich tatsächlich mehr als ein Lichtblick ab.

Das Ende der jährlichen Haushaltsfehlbeträge, wie noch in den Jahren 2010 (11 Millionen), 2011 (9 Millionen) 2012 (5 Millionen)...ist nämlich Realität geworden – im Finanzplan sind für die **Jahre 2018-2020 keine Fehlbeträge, sondern deutliche Überschüsse prognostiziert.**

2018: 2.5 Millionen 2019: 4,4 Millionen und 2020 sogar fast 6 Millionen!!

Erfreulich dabei ist, dass wir erneut keine neuen Liquiditätskredite aufnehmen müssen.

Die Höhe der Liquiditätskredite liegt auch wieder deutlich (3 Millionen weniger) unter der Höhe der Investitionskredite. Das ist ebenfalls aus finanzwirtschaftlicher Sicht positiv.

Natürlich haben wir leider noch Schulden (rund 60 Millionen Ende 2020), aber der Schuldenabbau und die Konsolidierung sind erfolgreich.

112 Millionen Schulden waren es noch Ende 2012!!

Sehr geehrte Damen und Herren,

unsere finanziellen Probleme sind nicht durch den Kreis verschuldet, sondern werden maßgeblich fremdbestimmt und sind ein seit Jahren **vieldiskutiertes strukturelles Finanzproblem aller Kreise, Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz.**

Allein 74 % machen die Ausgaben in den Teilhaushalten 6 (Soziales) und 7 (Jugend und Familie) aus

Dadurch haben wir weiterhin finanzielle Probleme,
aber wir haben auch aktuell die besten Voraussetzungen für eine Trendwende:

Wie z.B. eine anhaltend gute Wirtschaftslage und damit verbunden höchste kommunale Steuereinnahmen, eine hohe Steuerkraft und eine absolute Niedrigzinsphase !!

Aufgrund dieser Niedrigzinsphase konnten dadurch auch verschiedene Kredite günstiger angelegt und umgeschichtet werden, zu historisch niedrigen Zinsen. Einige Kredite werden wir ebenfalls im Kreisausschuss nächste Woche umschichten – das hat positive Auswirkungen auf unseren Kreishaushalt auch für die Zukunft.

Natürlich steht immer das Risiko im Raum, dass das Zinsniveau wieder ansteigt. Es gehört aber auch zur Wahrheit, dafür muss ich kein Chefvolkswirt der Deutschen Bank sein, dass dies voraussichtlich nicht in den nächsten Monaten bzw. nächsten Jahr erfolgen wird.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Positiv und nachhaltig schlägt sich in unserem Haushalt die verstärkte Unterstützung durch den Bund nieder.

Immer wieder wurde vor Jahren nach einer stärkeren Unterstützung der kommunalen Haushalte durch den Bund gerufen.

Fakt ist jetzt, der Bund hat sein Versprechen eingehalten und geliefert und wird weiter liefern:

Allein durch die 100% Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund haben wir eine jährliche Kostenersparnis von mehreren Millionen.

Zudem erwarten uns weitere Zuflüsse des Bundes (aus dem 5 Milliarden Paket jährlich) u.a. für die Kosten der Unterkunft, im Bereich Asyl und der Eingliederungshilfe sowie **Bundesintegrationsmittel.**

Auch der ausgehandelte Bund-Länder-Finanzausgleich, welcher ab 2020 ca. 250 Millionen mehr in die Landeskasse bringt wird nach Aussagen zumindest zu einer Erhöhung der Verbundmasse des Kommunalfinanzausgleichs führen.

Während das Land unermüdlich bei Bund mehr Geld einfordert, wird es seiner eigenen Verantwortung gegenüber den Kreisen, Städten und Gemeinden nicht gerecht. So wurden Bundesmittel, die zur finanziellen Unterstützung der Kommunen gedacht sind, nur in Teilen oder bei Reduzierung der Landesmittel weitergegeben. Beispiel Pauschale Zuweisung bei den Flüchtlingen.

Beispiel: Integrationsmittel (komme ich nachher nochmal zurück), der Bund gibt 2016, 2017, 2018 Bundesintegrationsmittel von jährlich 96 Millionen Euro.

Aber nur 1/3 wird an die Kommunen weitergereicht, obwohl die größte Teil der Aufgabe der Integration bei den Kommunen liegt.

2018 weitere Mittel KdU. Land bekommt rund 50 Millionen, aber nur 10 Mio werden weitergereicht.

So sieht leider die Unterstützung des Landes Rheinland-Pfalz aus!!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die CDU Kreistagsfraktion **begrüßt auch die Investitionen** im Haushalt, da diese Investitionen unabdingbar sind für eine künftige positive Entwicklung unseres Kreises.

Dazu gehören z.B. die Bildungsausgaben im **Schulbereich**, den Kindertagesstätten und das Schulturnhallenprogramm.

Das gleiche gilt für das Kreisstraßenbauprogramm, wobei wir hier schon ganz klar auf Verschleiß gefahren wird.

Erfreulich ist jetzt das kleine Kreisstraßenbauprogramm, welches hilft, weniger stark befahrene Streckenabschnitte schneller zu verbessern.

Lückenschluss Radweg, Rettungswesen und Katastrophenschutz sowie die Förderung **des flächendeckenden Breitbandausbaues**.

Dies sind wichtige Punkte, die unseren Kreis, auch für die Ansiedlung von Firmen attraktiver machen und die vorhandene Arbeitsplätze sichern.

(Mittelrheinbrücke: Die CDU Kreistagsfraktion Rhein-Lahn steht uneingeschränkt hinter der schnellstmöglichen Realisierung der Mittelrheinbrücke zwischen St. Goarshausen und St. Goar. Es geht schon lange nicht mehr um die Frage „ob“, sondern nur noch um „wie“ und „wann“. Förderhöhe 65 % und 96 % (Mittelrheinkonferenz)).

Jetzt liegt Ihnen ein Haushaltsantrag von CDU/FWG vor:

Wir wollen eine moderate Absenkung der Umlage um 0,8 %.

Die durchaus positiven Entwicklungen unseres Kreishaushaltes verdanken wir ebenso unseren Gemeinden und Städten, die durch ihre Umlage den Kreis unterstützen.

Die Frage ist doch – partizipiert nur einer, sprich der Kreis von der positiven Finanzentwicklung oder aber alle sprich die **kommunale Familie!!** Wir sagen alle!!

Für den Haushalt 2015 konnte man nicht schnell genug die Kreisumlage um 0,3 % erhöhen, um den den Gemeinden zustehenden Anteil der sogenannten „Vorab-Milliarde“ in den Kreishaushalt zu überführen.

Hätten wir damals die Haushaltsentwicklungen gewusst, dann wäre diese Erhöhung nicht umgesetzt worden.

Die untere kommunale Ebene (Ortsgemeinden, Städte) ist nicht finanziell besser gestellt und braucht das Geld, die Kreisumlagen-Absenkung um 0,8 % würde helfen.

Was bedeutet dies finanziell für unsere Gemeinden und Städte:

Holzheim 6.060,-- €

Mudershausen 2.472,-- €

Klingelbach 4.153,-- €
 Pohl 1.925,-- €
 Winterwerb 1.008,-- €
 Lykershausen 1.322,-- €
 und die finanziell stark belastete Stadt Lahnstein 140.796,-- €

Wir sehen dafür durchaus **Spielraum durch Verbesserungen und Veränderungen**, die bisher im **Planentwurf 2017** noch nicht eingepreist sind.

1. Ertrag aus den zufließenden **Bundesintegrationsmitteln**.
 Die Mittel sind anteilig in den Jahren 2017 und 2018 ertragswirksam im Kreishaushalt aufzulösen – siehe hierzu Schreiben des Ministeriums des Innern und für Sport vom 30.11.2016. Verbesserung 2017 mindestens 480.000,-- €
2. Der Haushaltsentwurf sieht eine Rückführung der Liquiditätskredite in Höhe von 2,54 Mio. € vor.
 Kreis, Stadt Lahnstein, Verbandsgemeinden und Gemeinden verstehen sich als kommunale Familie. Insoweit ist es legitim, dass der Kreis hier durch eine Umlagensenkung zu einer kleinen Entlastung dieser kommunalen Familie beiträgt, in dem die Rückführung der Liquiditätskredite reduziert wird. Auswirkungen auf den Kommunalen Entschuldungsfonds sind hierdurch nicht zu erwarten, da der Konsolidierungspfad deutlich überschritten ist.
3. Durch die Schließung der AfA in Diez wird kreiseigenes Personal wieder unmittelbar im Kreishaus eingesetzt. Dies führt zu einer Entlastung der teilweise angespannten Personalsituation und dazu, dass hohe Überstunden der Gesamtbelegschaft abgebaut werden können. Die hierfür gebildeten Rückstellungen für Überstunden und Urlaube können dadurch aufgelöst oder deutlich dezimiert werden. (900.000 € 2015).
4. Darüber hinaus können die dann im Kreishaus zur Verfügung stehenden Mitarbeiter zur Abarbeitung vorhandener Rückstände – insbesondere in der Erhebung von Außenständen (siehe Feststellungen des Rechnungsprüfungsausschusses und Beschluss des Kreistags) - eingesetzt werden.
5. In den vergangenen Jahren gab es regelmäßige Verbesserungen zwischen denen im Haushalt geplanten Personalauszahlungen und den tatsächlichen Ist-Auszahlungen. Auch bei dieser Haushaltsposition werden sich im Jahr 2017 Verbesserungen ergeben.

Wir erkennen die Konsolidierungsbemühungen und Konsolidierungsnotwendigkeiten absolut an und unterstützen diese, **aber mit einer der Absenkung auf 44 % würde eine gerechte Interessengewichtung zwischen Kreis und Kommunen erfolgen, um damit eine finanzielle Gerechtigkeit innerhalb der kommunalen Familie zu erreichen.**

Wir wollen und sollten daher heute gemeinsam ein Zeichen setzen und die Kreisumlage **maßvoll um 0,8 %** absenken. Der Haushaltsausgleich ist trotzdem gewährleistet.

Kollege Christoph Ferdinand spricht zu den Werken.

Vielen Dank !

Redebeitrag von Herrn Christoph Ferdinand für die
CDU-Kreistagsfraktion zum Wirtschaftsplan Abfallwirtschaft 2017
am 12.12.2016
-es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

um dies vorneweg zu nehmen- die CDU Kreistagsfraktion wird dem Wirtschaftsplan 2017 des Eigenbetriebs Rhein-Lahn Abfallwirtschaft zustimmen.

Gleiches gilt für den Forstwirtschaftsplan 2017 für den Betrieb Rhein-Lahn-Kreis.

Dieser Haushalt 2017, der mit einem **Jahresverlust von 1,635 Millionen Euro** rechnet erscheint – wie bereits im Vorjahr – durch Bilmog – auf den ersten Blick negativer als er tatsächlich ist. Ohne diesen Bilmog geschuldeten Rückstellungen würden wir sicherlich schwarze Zahlen schreiben.

Allerdings zeichnet sich der Haushalt auch durch relativ große Veränderungen auf der Ertrags - und Aufwendungsseite aus.

Am offensichtlichsten ist, dass die Kostenansätze beim Materialaufwand gegenüber dem Vorjahr reduziert wurden. Dies liegt in erster Linie daran, dass der Ansatz für den Betreibervertrag ab dem 1.1.2017 wegfällt.

Wie erinnerlich wird der Betrieb der kreiseigenen Anlage in Singhofen ab dem 1. Januar 2017 mit eigenem Personal vollzogen. Durch diesen **Betriebsübergang** tritt ein Arbeitgeberwechsel für die betroffenen Mitarbeiter statt. Insgesamt wird sich die Stellenanzahl um rund 32 Stellen erhöhen. Dies führt in der Folge zu einer Steigerung des Personalkostenaufwands.

Es bleibt abzuwarten, wie geräuschlos dieser Betriebsübergang von statten gehen wird – besonders im Hinblick auf die Menschen im Rhein-Lahn-Kreis. So ein Betriebsübergang bietet Chancen – aber auch Risiken. Und die Zukunft wird es weisen ob die Chancen über die Risiken obsiegen werden, wobei ich persönlich in dieser Frage optimistisch bin.

Für die CDU – Kreistagsfraktion ist dabei aber in erster Linie von Belang, dass die Müllgebühren auch in den kommenden Jahren stabil bleiben werden. Dies ist uns über viele, viele Jahre sehr gut gelungen und wir Christdemokraten erwarten, dass dies auch in Zukunft Bestand haben wird. Wenn man sieht, wie der Bürger andersweit zur Kasse gebeten wird sind die Müllgebühren hierzulande eine ins Auge fallende und löbliche Ausnahme von dieser Regel.

Gebührenstabilität kann auch nur gelingen, wenn auch in Zukunft **durch Kooperationen mit anderen Landkreisen** ausreichend Müllmengen akquiriert werden können. Es sollten also nicht all zu oft Umsatzerlöse wegfallen- wie es in diesem Jahr mit Sicht auf Rhein-Mosel-Eifel der Fall war.

Im vergangenen Jahr wurden ja zukunftsweisende Weichenstellungen in diese Richtung getätigt, um diese Umsatzerlöse verlässlich zu sichern- Stichwort: REK.

Die Werkleitung hat diese Gebührenstabilität in der Vergangenheit gewährleistet und wir sind auch deshalb optimistisch, dass dies dem Team um Thomas Fischbach und Günter Müller in Zukunft gelingen wird. Schon beim nächsten TOP 4 wird es ja genau darum gehen. Hier soll ja im Hinblick auf die Gebührenstabilität aber auch mit Sicht auf die **Arbeitsplatzsicherung** die Zweckvereinbarung mit dem Landkreis AK über die Entsorgung von 10.000 t Abfällen um 3,5 Jahren verlängert werden. Dem steht die CDU Kreistagsfraktion natürlich positiv gegenüber.

Und wenn sich dann beispielsweise die **Preise beim Altmetall** wieder in die richtige Richtung bewegen sollte dürfte dem eigentlich auch von dieser Seite nichts im Wege stehen.

Also: Zustimmung seitens der CDU Kreistagsfraktion und Ihnen alle ein besinnliches Weihnachtsfest!!

Haushaltsrede von Herrn Bernd Hartmann
Vorsitzender der FWG-Kreistagsfraktion,
zum Kreishaushalt 2017 am 12.12.2016

-es gilt das gesprochene Wort!-

Herr Landrat,
meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,
sehr verehrte Damen und Herren

Vor uns liegt der Haushalt des Rhein-Lahn-Kreises für das Jahr 2017 und soll nun von uns beschlossen werden. Es ist nun schon das zweite mal in Folge, dass der Kreis einen „ausgeglichenen“ Haushalt vorlegen kann. Dieser schließt im Ergebnishaushalt sogar mit einem satten Überschuss von 161.455 €. Im Finanzhaushalt sogar mit einem Überschuss von 2.959 Mill. Euro. Insgesamt haben wir einen Haushalt von rund 189 Mill. Euro. Davon werden allein 137,6 Mill Euro für soziale Sicherung Jugend und Familie aufgewendet. Das sind rund 74,07 % des gesamten Haushaltes. Und einen Großteil hiervon verwenden wir auch für unsere Tageseinrichtungen für Kinder. Der Zuschussbedarf beläuft sich hier auf 16,7 Mill € vor mal gerade 9 Jahren hatten wir mal einen Zuschussbedarf von rund 7.5 Mill Euro. Ich bin gespannt wie das weitergeht. Für unseren Nachwuchs macht das Ganze ja noch einen Sinn. Aber die Gesetzgebung von oben zwingt uns zu immer höheren Ausgaben. Normal müsste hier sein, „wer bestellt bezahlt“. Wer Kleinkindern unter 3 Jahren einen Kindergartenplatz garantiert muss auch dafür Sorge tragen und die Kosten die da entstehen übernehmen. Es war vor einigen Jahre mal eine Zeit, da waren wir der Überzeugung nun sind wir mit den Kindergärten bei, die Kinder werden weniger, und wir könnten in der Zukunft sogar Gruppen schließen. Aber das war wohl Illusion. Heute brauchen wir wesentlich mehr Gruppen als wir jemals gedacht haben. Und wir brauchen immer mehr hoch qualifiziertes Personal in den Kindergärten das natürlich zu immer höheren Kosten und damit Zuschuss führt. Ich leite ja selbst einen Zweckverband mit einem Kindergarten und war der Meinung, dass ich nach 2maligem Umbau endlich fertig bin. Aber weit gefehlt, die Eltern nutzen die neuen Gesetze und es werden immer mehr Kinder unter 3 Jahren im Kindergarten angemeldet. So auch bei uns und wir müssen schon wieder um- bzw. anbauen um dem Elternwillen gerecht zu werden.

Ein weiterer erfreulicher Ansatz im Haushalt ist die Erhöhung der Mittel für die Kreisstraßen um 200 tausend Euro.

Und ein neuer Ansatz ist mit im Haushalt mit verbucht. Die von uns beschlossenen Sanierungen der Kreissporthallen. Fürs nächste Jahr wird mit ca 1 Mill. zusätzlich in

Katzenelnbogen mit der dortigen Halle begonnen. Ich finde dies als gute Sache, wir müssen unsere eigenen Hallen erhalten und auch dementsprechend sanieren.

Ich habe unseren Haushalt hin und her durchgesehen und finde nichts was fehlt, oder was nicht in den Haushalt hätte kommen sollen. Ich brauche hier nicht die Ansätze weiter zu kommentieren, unser Herr Landrat Puchtler und meine Vorredner haben die Zahlen schon mehrmals genannt und erläutert und wie ich feststellen muss, sie werden deshalb nicht besser oder auch schlechter.

Der Haushalt selbst mit seinen Zahlen uns, die FWG, jedoch dazu gebracht über eine Umlagensenkung nachzudenken. Und wir haben letztlich gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der CDU den Antrag gestellt, die Umlage für den Kreishaushalt auf 44 % festzusetzen, also eine Umlagensenkung von 0,8 %, was ca. 960 tausend Euro ausmacht. Wie kommen wir dazu. Der Kreis fährt ausgeglichene Haushalte, was wir auch nicht in Frage stellen wollen. Aber bei den Zahlen und bei den Abschlüssen der letzten Jahre stellt man sich die Frage, müssen wir den Gemeinden, die durch ihre Umlage den Kreishaushalt wesentlich mit finanzieren nicht einmal etwas zurück geben, von dem, was wir den Gemeinde in den letzten 20 Jahre abverlangt haben. Und da sagen wir ja, es ist an der Zeit in der kommunalen Familie die Gemeinden etwas zu stärken um mit eine Umlagensenkung zu zeigen, wir sehen eure Probleme und wir wollen helfen sie zu lösen. Und 0,8 % Senkung sind mal gerade 0,5 % des Gesamthaushaltes.

Und jetzt geht's natürlich los, wo kriegen wir die 960 tausend her ohne den Haushalt ins minus zu fahren.

Und das will ich Euch erläutern wie wir uns das vorstellen.

Der Ergebnishaushalt schließt mit einem plus von 160 tausend Euro. Die haben wir zur Verfügung. Bei der Tilgung der Liquiditätskredite ist für 2017 eine Tilgung von 2,54 Mill Euro, so die Beschlussvorlage, wobei im Haushalt Seite 86 eine Tilgung von 2.480.651 € steht, vorgesehen. Hier sollte man die Zahle mal abgleichen. Müssen, müssten wir, um dem Entschuldungsfond zu entsprechen, 1,8 Mill Euro tilgen. Hier stehen uns damit nochmal 750. Tausend Euro zur Verfügung. Also insgesamt jetzt 910 tausend Euro. Die letzten 50 tausend Euro werden durch Haushaltsverbesserungen erreicht, ohne dass wir bei einer Haushaltsstelle einsparen müssten.

Vom Land werden der kommunalen Familie noch in diesem Jahr 2,9 Mill. Euro für die Flüchtlingsintegration überwiesen werden. Wir müssen natürlich mit den Städten und Gemeinden im Kreis teilen. Die Teilung liegt, wie man es aus anderen Kreisen hört, wohl bei 50 50.

Also hat der Kreis damit ca 1,5 Mill zur Verfügung, die bisher noch in keinem Haushalt abgebildet sind. Die Gelder sind laut Schreiben des Ministeriums in den Haushalten bis 2018 abzarbeiten. Nehme ich das Jahr 2016 mit dazu, haben wir hier jährlich einen Betrag von ca 500 tausend zur Verfügung der bisher noch nicht im

Haushalt steht. Und 910 tausend plus den 500 tausend sind somit insgesamt 1.4 Mill € . Eine Senkung hätte damit sogar noch höher ausfallen können, als die beantragten 960 tausend. Da wir aber nur 960tausend zur Senkung benötigen, können wir die Liquiditätskredite nicht nur um die 1,8 Mill Euro senken sondern haben zusätzlich noch ca 440 tausend zur Verfügung die wir zur Senkung nutzen können. Also könnten wir die Kredite um 2,24 Mill zurückführen, was auch dem Kreis weiter gut tut.

Und ich bin der festen Überzeugung, dass sich auch im Jahr 2017 wieder wesentliche Haushaltsverbesserungen ergeben werden die dazu führen, dass die Liquiditätskredite noch weiter zurückgeführt werden können. Zum Beispiel wird die AFA in Diez wohl im März geschlossen. Die Kosten für die AFA sind aber für das komplette Jahr im Haushalt verankert. Dies wird zu Haushaltsverbesserungen führen. Ich weiß, dass aber auch die Zuschüsse hierfür dann geringer ausfallen werden. Aber es wird ein Plus bleiben.

Weiter haben wir in den letzten Jahren Haushaltsverbesserungen im Abschluss von 4 bis 9 Mill Euro erlebt. Und ich sage mal auch für 2017 wird es Verbesserungen geben. Aber auch Verschlechterungen können wir noch ausgleichen mit Mitteln die wir für die Schuldensenkung haben

Also meine Damen und Herren des Kreistages, sie sehen, die Forderung der FWG ist nicht unbegründet und kann, so wie ich es aufgezeigt habe, vorgenommen werden, ohne den Haushalt des Kreises ins Minus zu steuern.

Und wenn ich sehe wie schlecht es den Gemeinden im Kreis so gehen kann und zum Teil auch geht, ist eine, wenn auch kleine, Hilfe vom Kreis sehr angebracht. Kleine hoch verschuldete Gemeinden entlang des Rheins und der Lahn und auch unsere hoch verschuldeten Städte werden es uns danken, wenn wir sie entlasten würden. Jeden Euro den wir ihnen zukommen lassen können führt dazu, dass wenigsten die notwendigsten Aufgaben in den Gemeinde noch erledigt werden können.

Nochmal, die 0,8 % sind nicht viel können aber vielleicht sehr viel helfen. 0,3 % davon hätten wir im nächsten Jahr sowieso zurückgeben müssen. Ich bin aber zwischenzeitlich überzeugt, dass wir sie den Gemeinden nie hätten abverlangen dürfen. Und die restlichen 0,5 % machen das Mehr an Umlageaufkommen der Gemeinden in Höhe von 507 tausend Euro aus die bei gleichem Umlagesatz von 44,8 % dem Kreis zufallen würden. Wir würden diese 500 tausend Euro gerne bei den Gemeinden belassen zumal der Kreis auch dann noch seinen Haushalt ausgleichen kann.

Ich bitte sie, meine Damen und Herren des Kreistages daher um Zustimmung zu der Senkung der Umlage.

Herr Landrat Puchtler, sie würde ich bitten, dass wir vor Beschlussfassung des Haushaltes über die beantragte Senkung getrennt abstimmen könnten.

Herr Land Landrat, meine Damen und Herren, zum Haushalt selbst gibt es nichts weiter zu sagen. Ich danke dem Kämmerer Herrn Menche für die Aufstellung. Ob die FWG dem Haushalt zustimmt hängt von der vorherigen Beschlussfassung ab.

Zum Wirtschaftsplan wird mein Fraktionskollege Birk Utermark etwas sagen.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.

Redebeitrag von Herrn Birk Utermark für die
FWG-Kreistagsfraktion zum Wirtschaftsplan Abfallwirtschaft 2017
am 12.12.2016
-es gilt das gesprochene Wort!

Für das 2017 ist ein Jahresverlust im Ergebnishaushalt ausgewiesen. Dieser Verlust ist allerdings nicht ausgabewirksam sondern ist der Aufzinsung nach BilMoG geschuldet. Ohne diesen Umstand wäre ein deutlicher Überschuss zu vermelden. Wie in den letzten Jahren wird auch für 2017 + 2018 ein Liquiditätsüberschuss prognostiziert. Für den Rückbau der Deponie sind nach Ablauf der Verträge genügend Rückstellungen gebildet worden, dass dann für diese Maßnahmen keine Kreditaufnahme nötig sein wird.

Diese positiven Umstände zeichnen somit für stabile Abfallgebühren verantwortlich.

Zudem tragen die Kooperationen mit dem REK und dem Rheingau-Taunus-Kreis zur Auslastung der Deponie und der BMA bei.

Ab 1.1.17 ist die Rekommunalisierung des AWZ vollzogen. Das Personal ist komplett von Remondis auf den RLK übergegangen. Hier zeigt sich der Kreis als arbeitnehmerfreundlich. Vielen wurde so die Angst um ihren Arbeitsplatz genommen und Weihnachten kann beruhigt im Kreise der Familien gefeiert werden.

Die Betriebsführung mit Herrn Fischbach, Herrn Müller und dem gesamten Team zollen wir hohen Respekt. Gerade im REK wird ihr fachliches Wissen sehr geschätzt und hervorgehoben. Dadurch sind wir auch als sehr kompetenter Partner in dieser Kooperation anerkannt.

Die FWG-Fraktion stimmt den Wirtschaftsplänen zu und bedankt sich bei allen Akteuren für eine mehr als nur solide Arbeit. Wir wünschen allen ein frohes Weihnachtsfest und viel Glück als rekommunalisierter Eigenbetrieb in den nächsten Jahren.

Haushaltsrede von Herrn Josef Winkler,
Vorsitzender der Fraktion
Bündnis 90/ Die Grünen
zum Kreishaushalt 2017
am 12.12.2016
-es gilt das gesprochene Wort!-

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

erstmal herzlichen Dank auch an Herrn Landrat Puchtler für die netten Glückwünsche. Ein Dank an die Vorredner, denen ich mich anschließen möchte, was die gute Zusammenarbeit angeht, die natürlich trotzdem auch mal politische Differenzen beinhalten und auch der Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, diesem schließe ich mich ausdrücklich an.

Es ist natürlich bei diesem Haushalt auch wieder so, dass wir fast keine freiwilligen Leistungen haben, also da wo man möglicherweise Akzente setzen könnte. Das ist nochmal weniger geworden und liegt jetzt bei 1,19 %.

Insofern versteht man auch vielleicht, warum jetzt hier über das Thema 0,3 % oder 0,8 % so intensiv diskutiert wird, weil da würden wir uns vielleicht genau in dem Bereich bewegen, wo man freiwillig noch etwas anderes machen könnte.

Aber man muss auch feststellen, trotz der Übernahme der zahlreichen Mitarbeiter, bewegen wir uns, was die Quote der Personalausgaben, Personalintensität, Personal- und Versorgungsaufwendungen betrifft, bei 13,75 % und damit im guten Maß der letzten Jahre. Also unter 14 % ist es stabil über die letzten Jahre und insofern braucht man da keine Besorgnis zu hegen.

Die Frage der Kreisumlage, man muss ja nicht nur die allgemeinen Zahlen sehen, sondern auch die Kreisumlagequote, also der Anteil der Erträge der Kreisumlage an der Summe aller Erträge. Und die lag zum Teil 2013 bei 32,08 % und liegt für 2017 jetzt bei 27,47 % in der Planung. Also 4,6 Prozentpunkte geringer als sie vorher war.

Und ich finde, das sollte man bei der Debatte der Kreisumlage, lieber Bernd Hartmann, auch im Blick behalten, man muss schon den gesamten Blick haben und nicht nur den Umlagesatz als solchen, ob der jetzt bei 44,8 % oder 44 % liegt ist die eine Frage, aber die Kreisumlagequote, die geplant ist, liegt bei 27,47 %.

Und was die Frage der Mittel angeht z. B. für die Integration, das sehe ich auch ein bisschen anders. Ich habe mich auf dem Parteitag mit der Integrationsministerin

länger unterhalten über diese Problematik, Mittel an die Kommunen, Mittel die im Land verwendet werden und sie hat mir versichert, dass sie sich davon keine Perserteppiche kaufen wird, sondern dass die Mittel selbstverständlich die Integration fördern.

Aber man muss sich ja nur nochmal mal die Zahlen vor Augen führen. Hier im Rhein-Lahn-Kreis hatten wir vor 5 Jahren 60 Bedarfsgemeinschaften, die zu betreuen waren und im Jahr 2015 sind wir bei 670 gewesen. Also innerhalb kürzester Frist und deswegen frage ich das, das bringt nicht nur Integrationsaufgaben vor Ort hier in den Kommunen und Ausgaben mit sich, nicht nur das, sondern es bringt natürlich auch enormen Verwaltungsaufwand und Organisationsaufwand auf der Landesebene mit sich. Denken Sie an die ganzen Aufnahmeeinrichtungen die aus dem Boden gestampft wurden, Personal das eingestellt wurde, das aber nicht genauso schnell wieder freigestellt werden kann oder eben entlassen wenn die Einrichtungen jetzt wieder geschlossen sind. Also da sind einfach auch Kosten entstanden, die unausweichlich waren und die jetzt im Landeshaushalt auch finanziert werden müssen.

Insofern, ich bin immer der Meinung und auch gerne bereit die Landesregierung zu kritisieren, wenn sie die Kommunen nicht anständig behandelt, aber in dem Punkt muss ich sagen habe ich den Eindruck nicht.

Die Gegenfinanzierungsvorschläge haben mich nicht überzeugt und das ist vielleicht keine Finanzwette aber es ist jedenfalls ziemlich spekulativ sich darauf zu verlassen, dass die Einnahmesituation sich schon weiter verbessern wird, weil sie sich schon mal weiter verbessert hat.

Also das finde ich, ist als Gegenfinanzierungsvorschlag, ich weiß gar nicht ob das ausreicht nach den Vorgaben des Haushaltsgesetzes, aber da ich hier jetzt noch keine Mehrheit sehe, noch zu wenig. Ja und deswegen finde ich aber trotzdem, es ist ja nur von einer kleinen Hilfe für die Kommunen die Rede gewesen, Bernd Hartmann, nämlich wollen wir alle helfen und deswegen würden wir, haben wir beraten in der Fraktion, dem Vorschlag der SPD Fraktion folgen.

Fraglich bleibt für mich da nur noch, ob die anderen Fraktionen, falls der 0,8 % Vorschlag nicht die Mehrheit findet, möglicherweise doch dem anderen Vorschlag zustimmen. Weil dann darauf zu bestehen, dass es bei der jetzigen Umlage bleibt, das will mir nicht einleuchten. Ich habe jetzt eben diesen Beitrag, Matthias Lammert, dass du diese Streichung im Straßenbauprogramm nicht mittragen könntest, so verstanden, dass du diesen Antrag auch ablehnen willst um 0,3 % zu kürzen. Das würde ich doch nochmal überdenken, da werden die Bürgermeister in den Orten und in den Städten bestimmt nicht begeistert sein, insofern sage ich mal, es sind ja noch ein paar Minuten Zeit, wenn die 0,8 % Senkung nicht beschlossen wird, würde ich doch vorschlagen, dass wir uns möglicherweise einigen auf 0,3 %.

Thema Mittelrheinbrücke. Und ich sage jetzt mal so, wir brauchen ja nicht über die Auffassung der Grünen hier im Rhein-Lahn-Kreis zu reden, die kennen Sie alle, dass

wir sie ablehnen, deswegen habe ich aber gleichwohl im Kreisausschuss zugestimmt, dass wir uns gemeinsam mit dem Rhein-Hunsrück-Kreis zusammensetzen in eine gemeinsame Kreistagssitzung.

Ich weiß auch nicht, warum man darüber so lange nachdenken muss auf der anderen Rheinseite, als ob es das noch nie gegeben hätte. Also die Vorlage, die der Landrat Herr Bröhr da gegeben hat, hat mich nun in keinem einzigen Punkt überzeugt. Er will die Planungskosten nicht in der Höhe übernehmen, wie sie vorgesehen sind, weil schon mal vor Jahren Planungskosten angefallen sind.

Das ist natürlich ein schlagendes Argument, damit könnten wir das Arbeiten dann ganz einstellen, wenn irgendwelches Geld, das irgendwie verplempert wurde, sage ich mal, gibt's noch an vielen anderen Stellen.

Ich will da jetzt auch nicht dieses Spiel mitmachen, dass die CDU jetzt nicht haftet für die Aussagen ihres CDU-Landrates, denn ich sag mal so, er ist nicht als Parteiloser angetreten sondern hat sich schon als CDU-Landrat zur Wahl gestellt und vertritt dann nicht nur seine privaten Meinungen, wenn er als Landrat spricht. Also, da ist die CDU gefragt, die Spur wieder zu finden. Es kommt natürlich hinzu, dass er überraschenderweise auch andere Zustimmungen gefunden hat zu dieser Vorlage.

Wie auch immer, eines kann natürlich nicht sein, ich sag das jetzt mal demokratietheoretisch oder wenn man jetzt über Politikverdrossenheit redet. Nun müsste ich ja jetzt eigentlich, weil ich gegen die Brücke bin, auch gegen gemeinsame Sitzungen sein, weil die Wahrscheinlichkeit danach höher ist, dass man sich wieder zusammenrauft und gemeinsam weiterschreibt. Aber diese Spielchen mache ich nicht mit. Insofern haben wir natürlich nichts gegen eine gemeinsame Sitzung. Dann wird die Mehrheit möglicherweise prozentual noch größer sein für die Brücke und damit unsere Meinung marginalisiert, aber das ist Demokratie und nicht dieses Interview geben, die Minister erst mal aufzusuchen und dann zu behaupten man würde ignoriert, und deshalb ist man jetzt dagegen.

Wenn der Minister aber da ist und man mit ihm spricht dann sagt er, ja aber zu uns darfst du nicht kommen und mit den anderen Mitgliedern sprechen, also das hört sich für mich an, wie eine Anleitung wie man die Bürger politikverdrossen macht und deswegen sollte man da im Januar dieses Kasperletheater beenden. Und das was der Herr Landrat gesagt hat, ich habe es auch schon in der Presse gelesen, dass das Land und der Rhein-Lahn-Kreis alleine anfangen, während der Rhein-Hunsrück-Kreis kein Interesse hat, das kann ich nicht unterstützen. Ich war schon mal in Avignon und so Brücken die in der Mitte des Flusses enden, sind für alles Mögliche geeignet aber nicht zur Verbesserung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. Und deswegen sage ich, wenn das nicht gelingt was die Koalition in ihrer Koalitionsvereinbarung stehen hat, dass die kommunale Brücke gebaut wird, wenn dann nicht beide Kommunen an einem Strang ziehen, gibt es hundert Punkte wo der Rhein-Hunsrück-Kreis sich noch quer stellen könnte in dem langen Weg, bis die Brücke gebaut wird. Also halte ich davon nichts, sage ich ganz ehrlich. Ich habe das

schon verstanden, vielleicht ist es auch bisschen um Druck aufzubauen, aber es wirklich dann zu machen, da würden wir als Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen nicht mitmachen, das halten wir für keinen geeigneten Weg. Insofern also nichts wie Brückenbau in Avignon sondern wir sind der Meinung, wir sollten da wieder geeignete demokratische Entscheidungsprozesse voranbringen und dann würde ich sagen, wird der Rhein-Hunsrück-Kreis, wenn es nach meiner Prognose geht wieder Seite an Seite mit uns marschieren.

Die Frage was eigentlich dieser Bilmog, der hier schon öfter vorgestellt wurde und was das für ein Bösewicht ist das wird vielleicht Erika Fritsche jetzt noch beantworten können.

Also wir stimmen dem Haushaltsplan zu, das kann ich schon mal ankündigen und wir finden auch, wir haben gute Gründe, dem vorgelegten Plan mit der Änderung die Carsten Göller vorgeschlagen hat, zuzustimmen.

Dankeschön.

Redebeitrag von Frau Erika Fritsche für die
Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Wirtschaftsplan
Abfallwirtschaft 2017
am 12.12.2016
-es gilt das gesprochene Wort!

Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

um es vorweg zu sagen, die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN stimmt dem Forstwirtschaftsplan und dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft für 2017 zu.

Wenn man die Zahlen des Haushalts anschaut erschrickt man zunächst vor dem enormen ausgewiesenen Verlust in Höhe von fast 1,7 Mio. Euro.

Bei genauerer Betrachtung scheinen die zu erwartenden Verluste für 2017 und 2018 jedoch in einem anderen Licht, wenn man sieht, das es sich vorwiegend um Auswirkungen der Aufzinsungen nach BilMoG handelt, die nicht ausgabewirksam werden.

Die Werkleitung geht davon aus, dass ab 2019 wieder mit einem positiven Jahresergebnis zu rechnen ist. Wir wollen, nicht nur zu Weihnachten, optimistisch nach vorne schauen und hoffen, dass dieser Wunsch auch in Erfüllung geht.

Sorge bereitet allerdings die Preisentwicklung bei den Kosten für die Entsorgungsdienstleistungen, da sich die Kosten seit 2013 verdoppelt haben und noch keine Entspannung in Sicht ist. Hier hoffen wir, dass die Gespräche mit der Gemeinde Singhofen und dem Kieswerkbetreiber zu einer guten Lösung führen um zu weiteren Ablagerungsmöglichkeiten zu kommen.

Weitere Sorgenkinder sind die Entsorgung von schwer entflammaren Dämmstoffen und Elektroschrott. Hier ist noch ein großer Handlungsbedarf.

Positiv zu werten ist, dass die Auslastung der kreiseigenen Anlagen im AWZ durch die Kooperationen mit anderen Kreisen und dem REK gewährleistet ist.

Daher macht es auch keinen Sinn, derzeit über Gebührenveränderungen nachzudenken.

Ein wichtiger Aspekt des Haushaltes ist die Aufgabenübernahme des Deponiebetriebes in die Verantwortung des Kreises mit eigenem Personal. Wir freuen uns, dass jetzt mit allen Beschäftigten Arbeitsverträge geschlossen wurden und ein reibungsloserer Betrieb im AWZ gewährleistet wird.

Vielen Dank an die Werkleitung und alle Mitarbeiter für die geleistete Arbeit und die gute und konstruktive Zusammenarbeit im Werksausschuss. Dies verbinden wir mit der Hoffnung auf weiterhin gute Arbeit für die Menschen im Rhein-Lahn-Kreis.

Haushaltsrede von Herrn Oliver Sacher
stv. Vorsitzender der ALFA-Kreistagsfraktion,
zum Kreishaushalt 2017 am 12.12.2016

-es gilt das gesprochene Wort!-

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir meinen, die eingebrachten Anstrengungen von jedem Sachgebiet hier im Hause zu diesem Haushalt erkennen zu können und möchten uns hierfür bei allen Mitarbeitern der Verwaltung für ihr Mitwirken bedanken, insbesondere bei Herrn Menche und Frau Holl, die uns für die Beantwortung von Fragen zum Haushalt freundlicherweise zur Verfügung standen.

Vor einem Jahr standen für uns jede Menge Fragezeichen im Raum, niemand wusste genau, wie sich die Flüchtlingsthematik letztendlich auf unseren Kreishaushalt auswirken wird, weder in Hinsicht auf die Anzahl der Flüchtlinge, noch in Hinsicht auf die vom Bund zu erwartenden Kostenübernahmen. So haben die Zuwendungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz letztendlich maßgeblich dazu beigetragen, dass wir einen Nachtragshaushalt verabschieden konnten, welcher einen geplanten Jahresüberschuss von 4,3 Mio. EUR ausweist.

Schaut man sich die Verbesserungen und Verschlechterungen im Nachtragshaushalt an, so sind die Posten auf beiden Seiten durchweg nicht vorhersehbar gewesen und wurden auch im Einzelnen bei den Haushaltsberatungen zuvor nicht thematisiert. Letztendlich bestätigt uns dies eine solide und vernünftige Haushaltsplanung hier im Kreis.

Auch der Haushaltsplan für das kommende Jahr 2017 stellt aus unserer Sicht ein solides Zahlenwerk dar. Der geplante Jahresüberschuss und die einhergehende Rückführung von Liquiditätskrediten in Höhe von rund 2,5 Mio. EUR zeigt den Konsolidierungswillen sichtbar auf und wird somit nicht nur unseren Verpflichtungen gegenüber dem kommunalen Entschuldungsfond, sondern auch der kommenden Generation gegenüber gerecht.

Bezüglich des Antrages von CDU und FWG auf Senkung der Kreisumlage um 0,8 % unser Standpunkt wie folgt.

Berechtigterweise steht bis zur letzten Minute eine Senkung der Kreisumlage zur Diskussion. Wir vertreten hier nach wie vor die Meinung, dass eine Entlastung der Gemeinden in Höhe von 0,3 % durchaus vertretbar ist. Bei einer reduzierten Tilgung der Liquiditätskredite um knapp 350 Tsd. EUR wäre eine Tilgung von rund 2,13 Mio.

EUR immer noch um ca. 15 % höher als die vom kommunalen Entschuldungsfond geforderte Mindesttilgung.

Aus unserer Sicht sollte die Senkung der Kreisumlage auch in den nächsten Jahren thematisiert werden, zu große Schritte bei der Senkung halten wir allerdings für nicht vertretbar. Von daher können wir dem gemeinsamen Antrag von CDU und FWG nicht folgen, zumal uns die vorgebrachten Argumente nicht überzeugen konnten. Hierbei sollte man nicht vergessen, dass die ADD von der Forderung nach einer Erhöhung der Kreisumlage - trotz der generell desolaten finanziellen Situation des Kreises – absieht, eben gerade weil wir mit einer soliden Haushaltsplanung und positiven Ergebnissen überzeugen konnten. Diesen Trend gilt es unbedingt fortzuführen. Hier stehen wir alle in der Pflicht auch weiterhin eine vorausschauende Kreispolitik zu betreiben, die letztendlich den Gemeinden und somit allen Bürgerinnen und Bürgern im Kreis zu Gute kommt.

Garantiert werden die unterschiedlichen Argumente für und gegen die Senkung der Kreisumlage im nächsten Jahr die Gleichen sein, je nach tatsächlicher Entwicklung der Haushaltssituation aber sicherlich mit einer anderen Gewichtung.

Im Vergleich zum Vorjahr ist eine Vielzahl von politischen Sachverhalten eingetreten, deren abschließende Bewertung bezogen auf die generellen politischen und finanziellen Folgen noch aussteht. Hier möchten wir die nach wie vor existierende EURO-Krise, den Brexit, die derzeitige politische Situation in der Türkei und die davon abhängige Vereinbarung bezüglich der Flüchtlinge, die US-Präsidentschaftswahl und auch den Ausgang des Referendums in Italien erwähnen. Jedes dieser Ereignisse kann letztendlich Auswirkungen bis zu uns in den Kreis hinein haben. Daher ziehen wir eine stetige und in kleineren Schritten durchgeführte Senkung der Kreisumlage zum derzeitigen Zeitpunkt für sinnvoll.

Sieht man den positiven Fortschritt beim Ausbau des Breitbandnetzes im Rhein-Lahn-Kreis, so ist dies auch das Ergebnis einer vorbildlichen Zusammenarbeit zwischen den Gremien, den externen Beratern, der Verwaltung und dem Anbieter. Eine Vielzahl von Informationsveranstaltungen hat bereits stattgefunden, erste Verträge wurden bereits geschlossen und der Go Live Termin rückt immer näher. Diese Maßnahme wird sich zweifelsohne positiv auf den Wirtschaftsstandort Rhein-Lahn auswirken und macht unseren Kreis im Allgemeinen attraktiver.

Das in diesem Jahr in die Wege geleitete Turnhallenkonzept ist eine weitere vernünftige Maßnahme und Grundlage für eine finanzielle Planbarkeit für die nächsten Jahre in diesem Bereich. Auch hiervon werden die Schulen und Vereine direkt profitieren.

Ausdrücklich begrüßen wir die Erhöhung der Mittel für Kleinmaßnahmen für die Unterhaltung von Kreisstraßen von 200 Tsd. EUR auf nunmehr 400 Tsd. EUR. Diese Maßnahme hat sich im laufenden Jahr bewährt und schafft auch im neuen Haushaltsjahr mehr Flexibilität, welche auf Grund fehlender Finanzmittel aus unserer Sicht im Bereich des Straßenbaus dringend notwendig ist.

Erfreulicherweise liegt auch im kommenden Haushaltsjahr – wie auch in 2016 – kein Investitionsdefizit mehr wie in den Jahren 2013-2015 vor, geplante Bauunterhaltungsmaßnahmen für Schulen, Turnhallen und Verwaltungsgebäude in Höhe von rund 3 Mio. EUR wirken dem tatsächlichen Werteverzehr entgegen.

Weiter im Auge behalten müssen wir die Modernisierung unserer Schulen, gerade im Hinblick auf den Wettbewerb zu den privaten Schulen. Wir alle hier im Haus würden gerne wesentlich mehr in diesen Bereich investieren, aber die finanzielle Lage lässt dies einfach nicht zu.

Hält man sich allerdings vor Augen, dass man auf Bundesebene versucht mit einer schwarzen Null zu glänzen, schon Steuergeschenke für „nach der Wahl“ in Aussicht gestellt werden und jedes Jahr zweistellige Mrd.-Beträge durch Niedrigzinspolitik eingespart werden, fragt man sich, warum die Kommunen in ihrer finanziellen Not zum Teil alleine gelassen werden, von der kalten Enteignung der Sparer ganz zu schweigen. Hier müsste – und da spreche ich ganz bewusst die größeren Parteien an – viel mehr Druck von unten auf Bund und Land ausgeübt werden. Hier reicht es aus unserer Sicht nicht, auf Bundesparteitagen aus Protest nur ein kleines Kreuz bei JA zu machen.

Abschließend möchten wir noch auf die Verteilung der Bundesintegrationsmittel innerhalb der kommunalen Familie zu sprechen kommen. Wir sind der Auffassung, dass unbedingt gewährleistet sein muss, dass diese Mittel auch tatsächlich wirksamen Integrationsmaßnahmen zu Gute kommen. Bei steigenden Anerkennungsquoten stehen für die Gemeinden zukünftig Aufgaben an, für die die zur Verfügung stehenden Mittel ohnehin schon nicht ausreichen werden. Hier sind die Belastungen von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich, eine Verteilung nach dem Gießkannenprinzip macht aus unserer Sicht daher keinen Sinn und schließt für uns auch eine Gegenrechnung zu anderen Finanzflüssen wie z.B. der Kreisumlage aus.

Generell wird die ALFA-Fraktion den vorliegenden Haushalt nicht ablehnen. Stellt sich die Frage, welche Variante des Haushaltes unsere Zustimmung findet. Wie zuvor ausgeführt werden wir dem gemeinsamen Antrag von CDU und FWG nicht folgen. Auch der Alternativantrag der SPD, welcher zwar eine Senkung der Kreisumlage um 0,3 % beinhaltet, allerdings im Gegenzug eine reduzierte Aufstockung des Budgets für Kleinmaßnahmen im Straßenbau von nur 100 Tsd. EUR statt 200 Tsd. EUR vorsieht, findet nicht unsere Zustimmung, da wir diese Maßnahmen für dringend notwendig erachten.

Von daher stellen wir hiermit einen eigenen Antrag zur Abstimmung, welcher eine Senkung der Kreisumlage von 0,3 % vorsieht, gegenfinanziert durch eine entsprechend reduzierte Rückführung der Liquiditätskredite.

Den Wirtschaftsplänen Forstwirtschaft und Abfallwirtschaft stimmt die ALFA-Fraktion zu.

Herr Basibüyük und ich bedanken uns für die gute Zusammenarbeit und wünschen Ihnen und Ihren Familien, sehr geehrte Damen und Herren, eine besinnliche Weihnachtszeit und für das neue Jahr alle Gute, Gesundheit und Zufriedenheit.



Monika Becker
Sprecherin der FDP
im Kreistag

Haushaltsrede
der Sprecherin der FDP
im Kreistag Rhein-Lahn am 12. Dezember 2016
zum Haushalt 2017

- Es gilt das gesprochene Wort -

Hauptstraße 34
56379 Winden

Tel. 02604/950076
Fax 02604/950074

Email:
fdp@fdp-kreistag-rhein-lahn.de

Internet:
www.fdp-kreistag-rhein-lahn.de

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen,

im vierten Jahr in Folge legt uns die Verwaltung einen Haushaltsplan vor, der einen Jahresüberschuss aufweist.

Allerdings, meine sehr geehrten Damen und Herren, fällt der Jahresüberschuss in diesem Jahr deutlich geringer aus, als in den drei Jahren zuvor: 3,67 Mio waren es 2014, 5,5 Mio 2015 und 4,3 Mio im ablaufenden Jahr 2016 - für 2017 rechnet dieser Haushaltsplan mit einem mageren Überschuss von 161.455 €.

Und selbst wenn, wie CDU und FWG ja nicht müde werden zu prognostizieren, der Jahresabschluss 2017 deutlich besser ausfällt als im Plan vorgesehen, da dieser viel zu vorsichtig und konservativ aufgestellt wäre – meine Damen und Herren, ich glaube nicht, dass wir an die Jahresergebnisse der vergangenen Jahre herankommen.

Aber – und das ist wohl zwischen uns allen unstrittig – wir sind auf einem guten Weg. Auf einem Weg der Haushaltskonsolidierung und damit einem zukunftsorientierten Weg für unseren Rhein-Lahn-Kreis.

Die Steuereinnahmen sind im vergangenen Jahr um 0,5% zurückgegangen, d.h. wir müssen an unserer Standortpolitik arbeiten und den Rhein-Lahn-Kreis noch attraktiver machen für Unternehmen und damit für die Bürgerinnen und Bürger unseres Heimatkreises.

Kompensiert werden die sinkenden Steuereinnahmen allerdings durch Ertragssteigerungen bei den Landeszuweisungen, die wir natürlich begrüßen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir brauchen diese steigenden Landeszuweisungen auch dringend, da wir - wie wir ja alle wissen – nach wie vor jährlich steigende Kosten bei der Sozial- und Jugendhilfe, bei den Kindertagesstätten - mittlerweile betragen die Aufwendungen für die Teilhaushalte 6 und 7 74,07% des gesamten Haushaltsvolumens - und vor allem auch für die Personalaufwendungen haben.

Aber, ich betone das gerne auch noch einmal, ich bin der Auffassung, wir sind auf einem guten Weg.

Denn, meine Damen und Herren, wir investieren in wichtige Bereiche, um unseren Kreis zukunftsfest zu machen, trotz demografischem Wandel und Konkurrenz zu Standorten, die städtisch geprägt sind. Der ländliche Raum hat viele Chancen, der Rhein-Lahn-Kreis allemal, wenn wir daran arbeiten, ihn attraktiv zu halten und vielleicht auch zu verbessern für junge und alte Menschen, für Gewerbe aller Art, von Handwerksbetrieben über Dienstleister, Touristische Unternehmen und und und.

Und wir sind auf dem richtigen Weg:

Wir investieren 13,3 Mio € in den Kreisstraßenbau, die Beförderung zu Kitas und Schulen und den ÖPNV,

37,6 Mio € in den Betrieb und die Erweiterung von Kindertagesstätten,

wir setzen 7,4 Mio € für die Unterhaltung unserer Schulen, auch für das neu aufgestellte Turnhallenkonzept ein und wir sorgen für einen vernünftigen Breitbandausbau bis Ende 2017 im gesamten Kreis. Eine absolut gelungene Gemeinschaftsanstrengung der Gemeinden und des Kreises, um die zweite Säule der Infrastruktur - neben Bau und Erhaltung der Straßen - sicher zu stellen.

Mit all diesen Maßnahmen liegen wir richtig. Trotzdem, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, halte ich es für unerlässlich, auch in Zukunft unseren Haushalt mit aller Vorsicht und Zurückhaltung, Risiken einplanend – also konservativ

aufzustellen, übrigens so, wie es unter Beifall der CDU der Bundesfinanzminister auch tut. Der Ruf der gleichen CDU nach „mehr Mut“ beim heimischen Haushalt erschließt sich mir deshalb beim besten Willen nicht.

Und die Risiken sind greifbar, meine Damen und Herren:
Welche Kosten kommen auf uns zu bei der Unterbringung von Asylbegehrenden?

Welche Kostensteigerungen erwarten uns bei der sozialen Sicherung und den Kindertagesstätten?

Oder was wird mit den Zinsen? Eigentlich müssten wir es für die Bürgerinnen und Bürger, die ja auch Sparer sind, wünschen, dass die Zinsen steigen. Trotzdem halten wir als öffentliche Haushalte von Jahr zu Jahr die Luft an in der Hoffnung, dass die Zinsbelastung so niedrig bleibt, damit wir unserer Liquiditätskredite weiter zurück fahren können.

Nichts ist sicher, meine Damen und Herren, nur eines: es wird nicht einfacher, diese Probleme bleiben uns erhalten.

Und noch einmal: Ja, wir sind auf einem guten Weg der Konsolidierung, aber wir sind noch lange nicht am Ende dieses Weges angekommen.

Wir hatten 2016 nach wie vor einen durchschnittlichen Liquiditätskreditbedarf von 52 Mio €.

Wir haben nach wie vor ein negatives Eigenkapital von 29,1 Mio € und wir sind Teilnehmer am kommunalen Entschuldungsfond, d.h., wir sind vielleicht aus dem Größten, aber bei weitem noch nicht aus allen Haushaltsproblemen heraus.

Das bedeutet übrigens auch, dass wir zwar einen Jahresüberschuss im Ergebnishaushalt erwirtschaftet haben, aber einen wirklichen Haushaltsausgleich, wie ihn der Gesetzgeber verlangt, auch in den nächsten fünf Jahren nicht erreichen werden.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, in dieser Situation verlangen CDU und FWG, die Kreisumlage um 0,8% zu senken, um die Situation der Gemeinden zu verbessern.

Das ist natürlich zunächst einmal eine löbliche Verhalten, wir alle wollen unsere Gemeinden schützen und stärken, es klingt ja auch gut und kommt bei den Gemeinden auch sicher gut an. Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FWG ist es auch seriös und durchdacht? Wo bringt es den Kreishaushalt hin?

Die Verwaltung hat ja bereits vorgerechnet, welche Auswirkungen eine Umlagesenkung um 0,8% haben würde: Minus 928.267 € weniger würde es bedeuten und damit wäre unser Jahresüberschuss nicht nur weg sondern wir hätten einen Jahresfehlbetrag von 766.812 €, also einer satten dreiviertel Million im Minus. Was wird dann mit unserem guten Weg der Konsolidierung des Kreishaushaltes?

Und wissen Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, was ich wirklich nicht in Ordnung finde? Sie halten es noch nicht einmal für Ihre Aufgabe, Einsparvorschläge zu machen, um den Fehlbetrag auch nur annähernd zu kompensieren.

Im Gegenteil: Sie fordern auch noch dazu auf, z.B. für das Turnhallenkonzept mehr Geld auszugeben, da waren Ihnen die Planungen, die die Verwaltung dazu vorgelegt hat, nicht ausreichend.

Lassen Sie mich an dieser Stelle kurz auf die in Ihrem Antrag vorgetragene Argumente eingehen: Im Wesentlichen argumentieren Sie mit verbesserten Erträgen durch Zuweisungen des Landes und einer Reduzierung der Rückführung der Liquiditätskredite im Kreis als Rechtfertigung für die Senkung der Kreisumlage.

So führen Sie hier aus, dass die vom Bund fließenden Integrationsmittel als Argument für eine Kreisumlagesenkung geeignet seien. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen:

Meinen Sie das ernst? Diese Mittel sind für die Finanzierung von Integrationsmaßnahmen vorgesehen. Den Vorschlag, der aus den Reihen der FWG vom Kollegen Harald Gemmer dazu kam, die Mittel dorthin zu lenken, wo in der Tat Integrationsleistungen vorgenommen werden, halte ich für absolut vernünftig und richtig. Sie dagegen wollen die Mittel dafür nutzen, den Ergebnishaushalt des Kreises schön zu schreiben und mit Ihrer Kreisumlagensenkung alle Gemeinden zu bedienen, ob sie nun Integrationsmaßnahmen durchführen oder nicht.

Auch Ihr Argument, durch die Schließung der AfA in Diez würde Personal frei, dass sich jetzt kreiseigenen Aufgaben widmen könne, ist für mich nicht nachvollziehbar: Haben Sie nicht berücksichtigt, dass die Personalkosten für diese Mitarbeiter mit der Schließung der AfA auch nicht mehr vom Land erstattet werden und nun vom Kreis getragen werden müssen – also eine Mehrbelastung darstellen.

Alles nicht schlüssig, meine sehr geehrten Damen und Herren von CDU und FWG!

Und dann stand sogar auch noch der Versuch, einen Haushaltstrick anzuwenden, der selbstverständlich nicht zulässig ist, nämlich die veranschlagten Mittel für das Turnhallenkonzept aus dem Erhaltungsaufwand – und damit aus dem Ergebnishaushalt – zu den Investitionen zu verschieben und damit über Investitionskredite zu finanzieren – das, meine Damen und Herren halte ich schon für abenteuerlich!

Das ist nicht nur nicht in Ordnung, das ist auch nicht seriös!

Aber liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FWG, machen sie sich weiter keine Gedanken. Sie stehen mit derartigem Vorgehen mitten im Zeitgeist. Sie sind sozusagen auf dem postfaktischen Weg – das ist modern.

Die FDP bleibt in diesem Punkt mal ganz konservativ und folgt den Fakten: Geld das man nicht hat, kann man nicht ausgeben.

Die FDP lehnt deshalb den von CDU und FWG gemeinsam vorgelegten Antrag zur Umlagensenkung ab.

Herr Landrat, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen:

Warum halten wir uns nicht an das, was wir vor drei Jahren klar vereinbart haben?

Die Erhöhung der Kreisumlage um 0,3% - das war übrigens ein Vorschlag der FWG, ich habe noch einmal nachgeschaut, war notwendig, weil aus finanztechnischen Gründen die „Vorabmilliarde“ des Bundes für die Eingliederungshilfe nicht komplett direkt an die Landkreise als Träger der Aufgabe weitergeleitet wurde, sondern knapp die Hälfte bei den Gemeinden und zwar durch eine Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer gelandet war. Dieses Geld haben wir uns über diese Umlageerhöhung um 0,3% zurückgeholt. Wir haben aber auch gesagt, dass wir diese Erhöhung im Jahr 2018 wieder zurücknehmen, weil die Zuwendungen des Bundes dann auslaufen. Das, meine Damen und Herren, halte ich für seriös. Man trifft Vereinbarungen und hält sie ein.

Die Verwaltungsvorlage zum Haushaltsplan, für die ich mich an dieser Stelle für die FDP übrigens herzlich bei Ihnen, Herr Landrat, vor allem aber auch bei Herrn Menche, Frau Holl und den anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzverwaltung bedanke, ist seriös und bleibt auf dem guten Weg, den wir 2014 zur Konsolidierung unseres Kreishaushaltes begonnen haben. Ich meine, wir sollten diesen Weg weitergehen, das sind wir letztendlich nicht nur uns als Mitglieder des Kreistages, sondern vor allem den Bürgerinnen und Bürgern unseres Rhein-Lahn-Kreises schuldig.

Bezug auf Antrag der SPD

Vorschlag Senkung um 0,3% bei gleichzeitig aufgezeigten Einsparungsvorschlägen, sodass schwarze Null gewährleistet ist.

Ich mache mich bei diesem Vorschlag vorsichtig mit auf den Weg der vorzeitigen Entlastung der Kommunen, melde aber gleichzeitig meine Zweifel an, ob die ADD diesen Vorschlag mitträgt – wir werden sehen!

Meine Damen und Herren,

dem Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftszentrums für 2017 stimme ich ebenfalls zu. Der Wirtschaftsplan weist zwar einen Jahresverlust von 1,635 Mio € aus - dem gegenüber steht aber das Betriebsergebnis - also die tatsächliche Gegenüberstellung von Erträgen und Aufwendungen - das sich weiterhin positiv darstellt. Der Ausgleich des nicht gedeckten Verlustvortrages aus den Rücklagen scheint gerechtfertigt, da bei einem vorhandenen Eigenkapital von 12,5 Mio und einer Liquidität von 23,7 Mio eine angemessene Eigenkapitalausstattung vorhanden ist.

Kritisch sehe ich nach wie vor die im vergangenen Jahr getroffene Entscheidung zur Rekommunalisierung des Abfallwirtschaftszentrums in Singhofen.

Dies hat einmal grundsätzlich ordnungspolitische und finanztechnische Gründe

Ordnungspolitisch ist die Entscheidung aus Sicht der FDP falsch. Ohne Not getroffen. Die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern als auch die Stabilität der Abfallgebühren stand zu keiner Zeit in Frage.

Ab dem Jahr 2017 haben wir im Eigenbetrieb anstatt 22,2 Stellen 54,28 Stellen zu bewirtschaften – dies ist ein immenser Aufwuchs an Personal, der mit einer ebenso immensen Verantwortung einhergeht.

Wir werden in den kommenden Jahren deshalb insbesondere die Entwicklung der Personalkosten im Auge behalten.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön noch einmal an die gesamte Verwaltung, aber auch an Sie, für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Ich wünsche mir, dass wir uns ein sachliches und zwischenmenschlich angenehmes Miteinander auch im kommenden Jahr bewahren.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start in das Neue Jahr.

Ulrich Lenz

Rede zum Kreishaushalt 2017, Kreistagssitzung 12.12.2016

Obertalstrasse 7
56368 Katzenelnbogen
Tel:06486 902 714
Fax:06486 902 715
kreistag@linke-rhein-lahn.de
www.linke-rhein-lahn.de

Sehr geehrter Herr Landrat Puchtler,
sehr geehrte Beigeordnete,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Kreistagsmitglieder,
liebe Gäste,

zuerst möchte ich mich bei unserem Kreis-Kämmerer, Herrn Menche, und seinem Team für den wie immer gut vorbereiteten Haushaltsentwurf bedanken.

Wie es sich für einen Haushalt gehört – Zahlen über Zahlen.
Und – wie bei Zahlen normal - sagt dies nichts über die davon betroffenen Menschen:

Was für Lebensverhältnisse beschieren die Zahlen aus den Teilhaushalten 6+7 den davon betroffenen Menschen?

Wie helfen die Zahlen im Teilhaushalt 5 unserer Infrastruktur - in einer sich immer schneller verändernden Gesellschaft?

Ist dies - genauso wie die anderen Teilhaushalte - ausreichend für eine positive Zukunft der hier lebenden Menschen?

Oder wurde - wie in den letzten Jahren üblich geworden - wieder nur ans Sparen gedacht?
Und nicht, wie die Schiefelage der Finanzierung einer lebenswerten Gesellschaft beseitigt werden kann?

Wir hier im Kreistag können nicht die dazu nötigen Gesetze verabschieden.

Aber: Wir müssen unseren Parteifreunden in Land- und Bundestag den Auftrag erteilen, durch eine sozial gerechte Gesetzes- und Steuerpolitik positive Veränderungen für die auf unseren Staat angewiesenen Menschen zu erwirken.

Die die letzten Jahre durchgeführte Politik hat zu einem Zustand geführt, der etwa 50% unserer Gesellschaft zu Menschen gemacht hat, die keine finanziellen Rücklagen mehr haben. Oder sogar in Schulden leben. Etwa 10% unserer Mitbürger sind sogar überschuldet.

Auch die ganzen angedachten - oder zum Teil schon existenten - weltweiten Handelsabkommen tragen nur zu einer weiteren Verschärfung der sozialen Lage bei.

Denn eine finanzielle Verbesserung der Lebensbedingungen in den von diesen Handelsabkommen betroffenen Staaten - und der dort lebenden Menschen - wäre ja ein Profithemmnis der Großkonzerne und dadurch vor Schiedsgerichten einklagbar.

Warum? Eine Verbesserung der Lebensverhältnisse geht zum Großteil über höhere Löhne.
Und diese schmälern ja den Profit dieser Konzerne.

Oder den Profit der auf steigende Gewinnerwartungen zielenden internationalen Hedgefonds.

Zurück zum Haushalt: Jetzt schreiben wir die letzten Jahre „schwarze“ Zahlen. Und nun wird hier im Kreistag eine Senkung der Kreisumlage verlangt. Auf der einen Seite 0,8%, auf der anderen 0,3%.

Hat sich hier eigentlich schon jemand Gedanken darüber gemacht, was die von mir abgelehnte und von Ihnen als zwingend erforderlich bezeichnete Rheinbrücke incl. der dann erforderlichen Infrastruktur für die kommenden Kreishaushalte bedeutet?

Die Tage rief mich ein Bürger unseres Kreises an und fragte mich, was aus dem von uns 2014 beschlossenen Kreisentwicklungskonzept geworden wäre.

Ich wusste keine konkrete Antwort.

Nach einiger Überlegung fiel mir nur der momentan durchgeführte Breitbandausbau ein. Herr Landrad Puchtler nannte eben in seiner Rede zur Vorstellung des Haushaltes noch einige Weitere, die mir entfallen waren.

Auch die im Kreisentwicklungskonzept stehenden Projekte sind mit Kosten verbunden.

Werden durch die Senkung der Kreisumlage weitere Projekte auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben?

Wie sieht es mit dem kommunalen Entschuldungsfond aus?

Was wird die ADD zu einer Senkung der Kreisumlage sagen?

Wird sie überhaupt zustimmen?

Wäre es nicht besser, statt einer Senkung u.a. von diesem Geld die Schulen und Kindertagesstätten besser auszustatten - oder Sportanlagen zu restaurieren?

Es stimmt, dass auch in den Orten und VG's unseres Kreises Geld für dringende Aufgaben benötigt wird.

Doch wir hier im Kreistag haben die Aufgabe, uns um den Kreishaushalt zu kümmern.

Nicht wir hier im Kreistag sind verantwortlich für diese finanzielle Schieflage; sondern – wie schon von mir gesagt – die Landes- bzw. Bundespolitik mit ihrer Gesetzgebung.

Ein Großteil der positiven Entwicklung des Kreishaushaltes beruht auf der momentan weltweiten Niedrigst-Zinspolitik.

Doch die sich abzeichnenden Entwicklungen nach der US-Präsidentschaftswahl lassen eine Entwicklung hin zu höheren Zinsen erwarten.

Dann ist es vorbei mit der momentanen, positiven Entwicklung in unserem Kreishaushalt.

Deswegen kann ich als Vertreter der LINKEn einer Senkung – mag sie auch noch so moderat sein - dieses Jahr nicht zustimmen.

Lasst uns die finanzielle Entwicklung noch einmal ein Jahr beobachten.

Wenn wir im nächsten Jahr eine weiterhin positive Entwicklung haben, können wir für den Haushalt 2018 eine Senkung der Kreisumlage beschließen.

Da ich aber Verständnis für eine - wenn auch unreflektierte und viel zu frühe - Senkung der Kreisumlage habe, lehne ich den Kreishaushalt auch nicht ab, sondern enthalte mich im Namen der LINKEn bei der Abstimmung zum Haushalt 2017 sowie der dazu gehörenden Haushaltssatzung.

Für eine spürbare Verbesserung der Haushaltssituation und der damit verbundenen finanziellen Verbesserung der vielen finanziell Schwachen in unserem Land bedarf es zwingend einer Änderung auf der Einnahmenseite:

Wie wär's mal mit einer Anhebung des Spitzensteuersatzes ?

Oder einer Transaktionssteuer?

Oder aktiven Maßnahmen gegen Steuerflucht?

Ich fordere – wie jedes Jahr - alle Kreistagsmitglieder auf, mit ihren Bundes- bzw. Landtagsabgeordneten zu reden und auf die Dringlichkeit einer Finanzierungsreform – nicht nur der Kommunen und Kreise – hinzuweisen.

Wäre es nicht toll für die Menschen in unserem Land, wenn der Kriegshaushalt – statt einer irrsinnigen Erhöhung - eine Senkung erfahren würde?

Neben dem positiven Friedenssignal könnte das sinnlos verschwendete Rüstungsgeld dann in zwingend notwendige Maßnahmen wie staatliche Sozialausgaben oder Infrastruktur gesteckt werden.

Dies auch über erhöhte Zuwendungen an die Kreise und Kommunen.

Zum Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Abfallwirtschaft sowie Forstwirtschaft:

Die Zahlen wurden in den Unterlagen - und heute hier - schon sehr gut erläutert.

Alles gesagt – nix zu meckern.

Dem Wirtschaftsplan werde ich zustimmen.

Ich wünsche allen hier Anwesenden eine geruhsame und schöne Weihnachtszeit.

Ich bitte aber auch alle, an unsere Mitmenschen zu denken - auch in den Krisengebieten unseres Planeten.

Uns hier im Kreistag, die wir über Menschen entscheiden: Uns geht es relativ gut.

Anderen Menschen in unserem Land – sowie auch den Menschen auf der Flucht aus Kriegs- und Krisengebieten - nicht.



Kreistagsmitglied für **DIE LINKE** im Kreistag Rhein-Lahn